Dezember 2021/Januar 2022 (8) | 26.11.2021

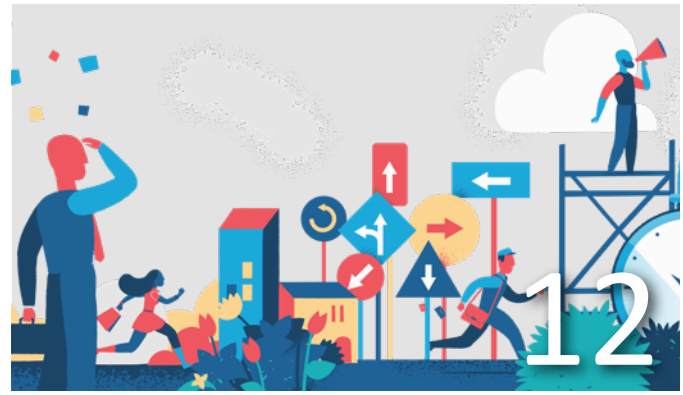
# E&W

## Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

HIER ERSCHEINT IN KÜRZE MEHR ÜBER DIE GEPLANTE KAMPAGNE DER GEW NIEDERSACHSEN. DARIN SOLL ES BIS ZUR NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGSWAHL IM HERBST 2022 UM DIE PERSONALLÜCKEN GEHEN, DIE SICH IN ALLEN BILDUNGSBEREICHEN AUFTUN.
DIE GEW KANN DAS KEINESFALLS AKZEPTIEREN UND WIRD SICH IM NAMEN ALLER BESCHÄFTIGTEN WEHREN!

DA FEHLT DOCH WER?!

Eine Kampagne der GEW Niedersachsen



Titel: Christian Hoffmann / Layout: Aron Jungermann

# Inhalt

## Schwerpunkte


Interview mit Laura Pooth zum Abschied 04

DGB-Vorsitzender Payandeh über erste Amtszeit 05

„Kalte Dusche“ statt Wertschätzung / Tarifrunde zu Ende 06

Festakt zu 50 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen 08

Neue GEW-Kampagne wärmt sich auf 10


## Zeitgeschehen


Deprivation und arbeitsweltliche Zuspitzungen 12


## Aus der Organisation


Wahlen der Landesdelegierten-konferenz 2022 14

Dritte Fachtagung queere Pädagogik 2021 15

DGB Filmpreis 2021 geht an „Dear Future Children“ 16

Rezension: Terror gegen Juden – Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt 20

Rückblick: Neues aus der Märchenwelt 21

LesePeter 21

Aktuelles aus der Personalratsarbeit 22

Jubilar*innen 26

Nachruf 29

Termine 30

Verstorbene 30


**Redaktionsschluss der E&W Februar 2022 ist der 10. Januar 2022.**
**Sie erscheint am 3. Februar 2022.**


Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11339-2012-1016

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C118370


## Impressum


**Herausgeber:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de
www.gew-nds.de
**Vorsitzende:** Laura Pooth
**Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur):** Christian Hoffmann
**Redakteurin:** Nicole Puscz
**Postanschrift der Redaktion:**
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (E&W) erscheint achtmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
**Redaktionsschluss** ist der 10. Januar, der 1. Februar, der 1. März, der 1. Mai, der 1. Juli, der 1. September und der 1. November 2022. Später eingehende Texte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Texte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
**Verlag mit Anzeigenabteilung:**
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
**Verantw. für Anzeigen:** Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019
Anzeigenschluss siehe Terminplan
**Editorial Design:** Aron Jungermann mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
**Druck:** DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162

ISSN 0170-0723

# Nach der Wahl ist immer wieder vor der Wahl

Wenn diese Ausgabe der E&W Niedersachsen erscheint, steht für Laura Pooth ein politischer wie beruflicher Wechsel an, der sie von der GEW Niedersachsen wegführt. Ihr Wahltermin für das Amt der DGB-Vorsitzenden in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurde auf den 27. November festgelegt – und ihre Wahl ist mehr als wahrscheinlich. Für ihre Amtszeit wünschen wir Laura daher alles Gute, viel Glück und bedanken uns noch einmal für die gute Zusammenarbeit der zurückliegenden Jahre.

Bis zur Neuwahl bei der Landesdelegiertenversammlung am 9. und 10 Mai 2022 werden wir den Landesverband als kommissarische Landesvorsitzende bildungspolitisch vertreten und im Team für unsere Mitglieder und die GEW arbeiten.

Aktuell geht es nach der Kommunal- sowie der Bundestagswahl nun weiter mit den Entscheidungen der Tarifrunde der Länder (27./28. November), deren Ergebnisse auch stets für den Bereich der Landesbeamt*innen maßgeblich sein sollen. Die GEW wird erneut die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der Beamt*innen fordern.

Ab dem Winter werden sich die politischen Parteien dann erfahrungsgemäß nach einem kurzen Durchschnaufen langsam auf die Landtagswahl am 9. Oktober 2022 vorbereiten. Die GEW Niedersachsen läuft sich für ihre begleitende Kampagne „Da fehlt doch wer?!“ ebenfalls bereits warm, um der Landespolitik den Weg zu weisen. Auf der E&W-Titelseite unserer vergangenen Ausgabe wollten wir ein wenig neugierig darauf machen, was sich unsere landesweite Arbeitsgruppe für das kommende Jahr vorgenommen hat. Mit diesem Heft schaffen wir nun Klarheit über das Kampagnen-Logo und den Lückentext der vorherigen Ausgabe. Details dazu werden ab Anfang Dezember auf unserer Website und in unseren Social-Media-Kanälen zu finden sein.

Und tatsächlich geht das Jahr 2021 bereits in wenigen Wochen bereits zu Ende, die Ferien- und Urlaubszeit vor dem Jahreswechsel bieten allen GEW-Mitgliedern und sämtlichen Beschäftigten des Bildungsbereichs hoffentlich die Ruhe und Erholung, die dringend notwendig ist.

Mit besten Grüßen für den Rest des Jahres und einen guten Start in 2022!

Foto: Christian Hoffmann

**Sabine Kiel**
**Holger Westphal**
stellvertretende Landesvorsitzende

Foto: GEW Niedersachsen

**Interview mit der GEW-Landesvorsitzenden zu ihrem Abschied**

# „Eine tolle, turbulente und prägende Zeit“

**Laura Pooth war mehr als zehn Jahre an der Spitze der GEW aktiv, sechs Jahre als Stellvertreterin und vier als Landesvorsitzende. Kurz vor ihrem Wechsel zum DGB Nord interviewte sie die E&W Niedersachsen noch einmal.**

**E&W:** ***Wie lautet dein Resümee dieser Zeit?***

**Pooth:** Eine absolut tolle, turbulente und prägende Zeit. Ich habe ja vorher etwa zehn Jahre als Lehrerin an verschiedenen Hauptschulen gearbeitet. Der Unterschied in den Aufgaben und Anforderungen ist schon enorm. Dass ich mich überhaupt so stark in der Gewerkschaft engagiere, hat seinen Ursprung darin, dass ich erlebt habe, was für ein wunderschöner Beruf der der Lehrerin ist, und wie unbefriedigend und stressig die Rahmenbedingungen gleichzeitig sind. Da ist zum einen die viel zu starke Verdichtung der Arbeit und zum anderen die Tatsache, dass ich täglich hautnah erlebt habe, was jede Erhebung – sei es PISA oder IGLU – ergibt: Das deutsche Schulsystem raubt vielen unserer Schülerinnen und Schüler die Chance auf eine gute Bildung. Dass diese auch noch maßgeblich vom Kontostand der Eltern abhängt, finde ich unerträglich. Es hat mich mit Glück und Zufriedenheit erfüllt, in der GEW Mitstreiter*innen zu finden, die mit mir gemeinsam für Chancengleichheit und gute Arbeitsbedingungen in allen Bildungsbereichen kämpfen.

***Gelegentlich sagen Beschäftigte, dass die Gewerkschaften eigentlich viel mehr erreichen müssten. Was entgegnest du denen?***

Sie sollten sich einmal in Ruhe anschauen, was wir ohne Gewerkschaften alles nicht hätten: Es fängt beim Urlaubsanspruch oder dem freien Samstag an und hört bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch lange nicht auf. Und eine Erhöhung der tariflichen Löhne, die dann im besten Fall mit einer Übertragung auf die verbeamteten Kolleg*innen beschlossen wird, kommt nicht etwa von allein, sondern wird von den Gewerkschaften hart erkämpft.

An einer Stelle hat die Kritik allerdings Recht: Wir können noch viel mehr erreichen. Wenn wir viele sind. Durch mehrere Umfragen, die ich angeschoben habe, konnten wir ermitteln, dass der reine Solidaritätsgedanke nicht zwangsläufig zum Eintritt in die GEW führt. Viele wollen „etwas haben“ von ihrem Mitgliedsbeitrag. Das greifen wir intensiv auf. Gleichzeitig ist es aus meiner Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dass der Mehrwert von Gewerkschaften in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt.

***Welche Probleme hättest du mit Blick auf Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung in Niedersachsen gerne noch angepackt?***

Es hat mich sehr berührt, dass unsere Arbeitszeitstudien schwarz auf weiß bewiesen haben, wie sehr die Beschäftigten ihre pädagogische Arbeit lieben. Mit welch hohem Engagement meine Kolleg*innen in den Bildungseinrichtungen arbeiten, bleibt beeindruckend. Deshalb ist die große Bitte an meine Nachfolge, sich weiterhin gegen jedwede Zwangsteilzeit, Fristverträge und prekäre Beschäftigung, mit der Altersarmut vorprogrammiert wird, einzusetzen – und genauso stark für die dringend notwendige Arbeitsentlastung.

***Mit welchen Erwartungen und Hoffnungen wirst du dein neues Amt beim DGB Nord beginnen, wenn die Delegierten dich Ende November 2021 gewählt haben?***

Ich finde es einfach großartig, dass es so etwas wie den DGB überhaupt gibt. Also einen Verbund, der das Einende hervorhebt, der für den Zusammenhalt der Gewerkschaften steht und der die Themen platziert, die alle acht Gewerkschaften umtreiben. Es begeistert mich, eine gemeinsame starke Stimme für die Schwachen zu sein. Und nicht nur das, sondern als Einheit aufzutreten, um überall zu verdeutlichen: An uns Gewerkschaften kommt ihr nicht vorbei. Wir lassen uns nicht spalten im Kampf für die Interessen der Beschäftigten.

Das Gespräch führte
Christian Hoffmann

DGB-Bezirksvorsitzender über seine erste Amtszeit

# „Die Solidarität im DGB hat uns gestärkt“

**Seit vier Jahren amtiert er als Vorsitzender des DGB in den drei Bundesländern Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Die E&W Niedersachsen sprach mit Mehrdad Payandeh über diese Zeit.**

**E&W:** ***Mitte Dezember stehst du zur Wiederwahl als hiesiger DGB-Chef. Was sind die wesentlichen Ergebnisse deiner ersten Amtszeit?***

**Mehrdad Payandeh:** Ich habe gefordert, Niedersachsen muss als Markenzeichen zum Land der Guten Arbeit werden. Wir haben auf die Missstände in der Fleischindustrie, im Bausektor, in der Gebäudereinigung und anderen Branchen hingewiesen. Schließlich kam es zum Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie. Das ist unser Erfolg. Nach 15 Jahren gibt es in Niedersachsen wieder ein Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte, jetzt „Bonuszahlung“ genannt. Jahrelang haben sich die Gewerkschaften gemeinsam mit dem DGB dafür eingesetzt. Wir haben mit dem Niedersachsenfonds eine Alternative aufgezeigt, wie das Land trotz Schuldenbremse dauerhaft öffentliche Investitionen massiv hochfahren kann: bei Klimaschutz, Infrastruktur, Hochschul- und Schulbau, Krankenhausmodernisierung und Digitalisierung. Konkret haben wir eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft gefordert zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle, nicht nur für diejenigen mit B-Schein. Ministerpräsident Stephan Weil hat diese Forderung übernommen, übrigens auch beim Niedersachsenfonds. Auch unsere Forderung nach einer Hochschulentwicklungsgesellschaft findet breite Unterstützung. Damit zeigen wir einen Weg auf, wie man die Hochschullandschaft, vor allem die Bauten, sanieren und finanzieren kann.

Ich will noch einen letzten Punkt erwähnen: Verteidigung der Demokratie und weltoffene Gesellschaft. Wir waren Hauptakteure, wenn es um Demonstrationen gegen die AfD, gegen Rechts ging. Wir haben es geschafft, für eine Demonstration spontan 6.000 Menschen auf die Straße zu bringen. Die größten 1.-Mai-Demonstrationen waren in Niedersachsen – trotz Corona.

***Interessante Bilanz. Wie haben die Gewerkschaften das hinbekommen?***

Wir haben uns bei unseren Aktionen gegenseitig unterstützt. Bei den Arbeitskämpfen der Kolleginnen und Kollegen der Gildebrauerei etwa konnten wir flächendeckend mit der Solidarität der Einzelgewerkschaften rechnen, bis zu den Spitzen auf Bundesebene wie Michael Vassiliadis. Die GEW hat für eine gerechte Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer eine Demo in Hannover organisiert, Hauptredner war IG-Metall-Bezirksleiter Torsten Gröger. Diese Solidarität innerhalb des DGB hat uns insgesamt gestärkt und dazu beigetragen, dass die Forderungen der Einzelgewerkschaften mehr Gehör fanden.

***Was hat die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ausgemacht, speziell mit der GEW?***

Wir sind ein Team und versuchen bei Meinungsverschiedenheiten gemeinsame Lösungen zu finden. Das ist unsere Stärke. Die Landesregierung hat immer wieder versucht, die Industriegewerkschaften gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auszuspielen nach dem Motto: Ihr braucht Geld für Ladestationen, aber das haben wir nicht, wenn wir Weihnachtsgeld an die Beamtinnen und Beamten geben. Dieses Spielchen hat nicht funktioniert, weil wir geschlossen aufgetreten sind. Laura Pooth war als einzige Frau unter den Bezirks- und Landesleitern der Mitgliedsgewerkschaften ein verbindendes Glied. Sie hat sehr viel dazu beigetragen, dass auch wir als DGB zusammengewachsen sind.

***Welchen Themen muss sich der DGB in Zukunft stärker widmen?***

Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, den Strukturwandel in der kompletten Wirtschaft und Gesellschaft sozial verträglich zu gestalten, damit ihn die Menschen als Chance sehen und nicht unter die Räder geraten. Alle reden von Digitalisierung der Schulen und Hochschulen. Aber wie soll dieses Zusammenspiel zwischen digitaler Welt und Mensch genau aussehen? Überall reden sie von künstlicher Intelligenz, aber welche Rolle spielen die Menschen in diesen Prozessen? Dann die Frage: Was passiert in einer Pandemie im Gesundheitswesen und im Schulsystem?

***Was sagst du zum Wechsel von Laura zum DGB Nord?***

Ich hatte mit Laura als GEW-Vorsitzende eine vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit, die mir fehlen wird, sich aber in anderer Gestalt fortsetzt. Ich freue mich, dass wir eine Nord-Achse aufbauen können, weil unser DGB-Bezirk viele Gemeinsamkeiten mit dem DGB Nord hat.

Das Gespräch führte
Michael Fleischmann

Foto: DGB/Werner Musterer

**Gemeinsame Aktion der Beschäftigten des Landes vor dem Finanzministerium**

# „Kalte Dusche“ statt Wertschätzung / Tarifrunde geht zu Ende

**Fast gleichzeitig mit der Postauslieferung der vorliegenden E&W-Ausgabe geht die dritte Tarifrunde der Länder (TV-L) zu Ende. Zuvor waren am 24. November Demonstrationen in Hannover und Bremen sowie bundesweit angesetzt worden, um die Arbeitgeber zu einem akzeptablen Angebot zu bewegen. Dezentrale Aktionen hatte es zudem am 10. November in ganz Niedersachsen gegeben (alles nach Redaktionsschluss), wie GEW-Tarifsekretär Arne Karrasch berichtete.**

„Die zweite Verhandlungsrunde Anfang November war ohne Ergebnis geblieben. Es gab eine totale Blockadehaltung seitens der Arbeitgeber. Statt von Lohnerhöhungen redeten sie von möglichem Personalabbau. Das haben wir scharf zurückgewiesen“, sagte er. Am Freitag vor dieser zweiten Runde hatten Vertreter*innen der Beschäftigten des Landes mit einer Aktion bei der Landesregierung – in Person des niedersächsischen Finanzministers und Verhandlungsführers Reinhold Hilbers – deutlich gemacht, welche Erwartungen sie an die Verhandlungen haben. Statt einer kalten Dusche wie beim Auftakt wollten sie dieses Mal Anerkennung, Wertschätzung und natürlich ein Angebot. Die Betroffenen aus allen Bereichen des TV-L in Niedersachsen kamen zum Finanzministerium und machten ihrem Unmut Luft.

Katharina Voge, Schulbeschäftigte und GEW-Aktive: „Wir fordern für die Beschäftigen endlich mehr Geld. Corona hat die bestehende Arbeitsüberlastung durch Schulschließungen und -öffnungen, ständig wechselnde Vorgaben der Politik sowie die Sorge um die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch einmal erhöht. Wir brauchen keine warmen Worte mehr, sondern eine angemessene Bezahlung und entsprechende Arbeitsbedingungen.“

Stefan Alfeis, Beschäftigter IT.N: „In der IT-Sicherheit ist es schwierig, Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, da in der freien Wirtschaft deutlich höhere Gehälter auch schon für Einsteiger gezahlt werden. Sollte sich die Situation noch verschlechtern, wird es nicht nur noch schwieriger, neue Kräfte zu bekommen. Das muss verhindert werden!“

Uwe Pätzold, Tarifbeschäftigter beim LKA Niedersachsen: „Der öffentliche Dienst leistet gerade auch im Bereich der inneren Sicherheit hervorragende Arbeit und trägt große Verantwortung für unser Rechtssystem und unsere Demokratie. Das muss auch intensiver gewürdigt und wertgeschätzt werden – und zwar in Form höherer Entgelte, besserer und verfassungsgemäßer Besoldung und durch eine Weiterentwicklung der tarifrechtlichen Struktur.“

Die Vorsitzenden und Landesleiter der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW unterstrichen die Erwartungen. Ihre gemeinsame Botschaft an den Verhandlungsführer Hilbers, aber auch die gesamte Landesregierung: „Wir erwarten von Niedersachsen, dass die Leistungen der Beschäftigten in der Pandemie anerkannt werden. Außerdem müssen die Belastungen der Arbeitnehmer*innen, nicht nur durch Corona, sondern auch die Herausforderungen in vielen Bereichen des Landes, insbesondere auch fehlende Fachkräfte, gewürdigt werden. Wir fordern, dass diese Punkte in den Verhandlungen aufgegriffen werden und in einem entsprechenden Angebot der Arbeitgeberseite Ausdruck finden“, betonten Detlef Ahting (ver.di), Dietmar Schilff (GdP) und Laura Pooth gemeinsam.

Foto: Christian Hoffmann

*Beschäftigte des Landes vor der Tür des niedersächsischen Finanzministers.*

100 JAHRE

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

# 0 % Ausgabeaufschlag*
# 1 Prämie
# 100 % Zukunft

**Schon ab 25,– Euro monatlich mit Fonds von Union Investment sparen**

**Aus Geld Zukunft machen**

**Jetzt limitierten adidas Rucksack mit Parley Ocean Plastic© sichern****

Teilnahmebedingungen unter www.union-investment.de/teilnahmebedingungen

Union Investment

* 0 % Ausgabeaufschlag gilt ausschließlich bei einem Erwerb in das UnionDepot Komfort – dies ist bei vermögenswirksamen Leistungen, der UniProfiRente Select und bei Depots von Minderjährigen aktuell nicht möglich.
** Der adidas Rucksack ist Primeblue, ein High-Performance-Material mit mindestens 50 % Parley Ocean Plastic® – recyceltem Plastikmüll, der in Küstenregionen gesammelt wird, bevor er die Ozeane verschmutzen kann.
Den Verkaufsprospekt, die Anlagebedingungen, die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache hier oder bei der Union Investment Service Bank AG, Frankfurt am Main. Verantwortlich für die Prämienaktion: Union Investment Privatfonds GmbH. Stand: 15. August 2021.

„Aus uns ist was geworden!“

# Festakt zu 50 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen

**„Trotz Anfeindungen, übler Nachrede, politischer Wechselbäder und von der Politik oft vergessen, haben sich die lehrenden, lernenden, unterstützenden Menschen an und von Gesamtschulen nicht unterkriegen lassen.“ (Marianne Demmer, 12. Oktober 2021)**

Die ersten Gesamtschulen in Niedersachsen feiern in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Über 200 Menschen kamen am 12. Oktober 2021 in die IGS Langenhagen zum gemeinsamen Festakt mit GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) und GEW. Vor der Aula stellten sich die Gesamtschulen der ersten Stunde vor. Fliegende Albatrosse, Robotertechnik, Tanz, Musik … füllten den Raum; jede Schule präsentierte sich anders, einzig, und doch haben alle Schulen eines gemeinsam: sie schulen ihre Schüler*innen nicht ab, sie begleiten sie und lassen sie so lange wie möglich zusammen lernen, um Bildungsabschlüsse so lange wie möglich offenzuhalten.

„[Die Gesamtschule] war ein Frontalangriff auf das damalige Schulsystem. Ein notwendiger Angriff auf Verhältnisse, die so nicht Bestand haben dürften“, betonte Ministerpräsident Weil in seinem Redebeitrag zum Festakt. Doch so etwas wie Stolz auf diese Schulform, die die SPD durchaus auch als ihren Erfolg feiern könnte, war nicht wirklich herauszuhören. Der Ministerpräsident war doch zu sehr darum bemüht zwischen den Schulformen zu schlichten, und kritisierte den früheren „Glaubenskrieg“. Von Schulfrieden könne man zwar noch nicht sprechen, räumte er ein, aber doch von einer friedlichen Koexistenz mit den Gymnasien.

Timo Heiken, Laura Pooth, Andreas Meisner und Isabel Rojas dagegen feierten die Gesamtschule selbstbewusst, fordernd und stolz. Die Gesamtschulen haben pädagogische Ideen hervorgebracht, die heute ein selbstverständlicher Teil jeder Schule sind und so selbstverständlich in Gesetzen stehen, dass viele vergessen mögen, dass sie ursprünglich aus der Gesamtschule kommen und hart erkämpft wurden – Ganztag, Verfügungsstunden, Wahlpflichtbereiche, individuelle Lernentwicklungsrückmeldungen, Integration und Inklusion… ganz zu schweigen vom wesentlichen und grundsätzlichen Beitrag zur Diskussion von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Seit 2006 ist 92 Mal der deutsche Schulpreis verliehen worden, davon 28 Mal an Gesamtschulen und davon fünf Mal an Gesamtschulen in Niedersachsen. Das belegt, was Gerhard Hildebrandt, der ehemalige Landesvorsitzende der GGG, bereits 2011 sagte: „Gesamtschulen sind pädagogische Reformmotoren“.

Doch leicht war der Weg nicht. „Keiner wusste genau, wie IGS eigentlich geht“, erklärte Dieter Galas, ehemaliger Landesvorsitzender der GEW und der erste Schulleiter der IGS Langenhagen. Und darum wurde viel experimentiert, diskutiert und entwickelt.

## Gegenentwurf

Die Gesamtschule war ein Gegenentwurf zum veralteten, selektiven und überholten dreigliedrigen Schulsystem, das gesellschaftliche Schichten zugrunde legte und diesen entsprechende Abschlüsse zuwies. Chancengerechtigkeit, soziale Teilhabe, gemeinsames Lernen und das Offenhalten von Abschlüssen sollten allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Schulausbildung und einen möglichst hohen Schulabschluss unabhängig vom sozialen Hintergrund ermöglichen. Zur Programmatik gehörte deshalb auch, die sozialen Realitäten zu berücksichtigen und Schule als Ganztagsschule zu konzipieren und den Kindern und Jugendlichen ein Mittagessen zu bieten, da die meisten Eltern – vor allem in sozial benachteiligten Familien – in Vollzeit arbeiteten, alleinerziehend waren… Punktum, die Teilzeitschule entsprach nicht den sozialen Realitäten und wurde den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien nicht gerecht.

Schule sollte weitaus mehr sein als eine Lernstätte, sie sollte zum Lebensraum für gemeinsames Lernen und soziales Miteinander werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollten hier zusammen und voneinander lernen, leistungsheterogene Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Die hannoversche „Neue Presse“ schrieb am 13. September 1971 zum Start der IGS Langenhagen, dass für 240 Schüler*innen ein Schulexperiment beginne, das sich erst bewähren müsse. „Wir haben festgestellt: in vollem Umfang!“, sagte 50 Jahre später Timo Heiken, Schulleiter der IGS Langenhagen. Es braucht wie für jede an-

Foto: Christian Hoffmann

*Drei Landesvorsitzende aus drei Generationen beim Festakt: Eberhard Brandt (links), Laura Pooth und Dieter Galas.*

dere Schule auch Rahmenbedingungen, die das Gelingen sichern – aber die Idee von einer Schule für alle, die durchlässig ist, die Kinder nicht festlegt, stigmatisiert oder gar abschult, funktioniert. Nicht zuletzt, weil die Gesamtschulen alle Bildungsabschlüsse anbieten.

### Nachfrage steigt

Marianne Demmer, ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW und Hauptrednerin des Festaktes, näherte sich quantitativ der Bedeutung von Gesamtschulen.
Unter dem Motto „Aus uns ist was geworden" beschrieb sie die quantitative Zunahme der Nachfrage, der Zahl der Schüler*innen sowie Gesamtschulen und kam zu dem Schluss: „Gesamtschulen sind so notwendig wie eh und je". Mittlerweile gibt es in Niedersachsen 97 Integrierte Gesamtschulen und 36 Kooperative Gesamtschulen. Und die Nachfrage steigt.
Humorvoll und selbstbewusst benannte sie auch klar die Problematiken der von Ministerpräsident Weil zuvor benannten „friedlichen Koexistenz" zwischen Gesamtschule und Gymnasien. Wenn die Haupt-, Real- und Oberschulen und Förderschulen aufgelöst werden, braucht das Gymnasium strukturell die Gesamtschule als Schulform, an die sie die Schüler*innen, die nicht die erwarteten Leistungen erbringen, abschulen kann; die Gesamtschule braucht das Gymnasium nicht, da sie alle Bildungsgänge in sich vereint und nicht davon ausgeht, dass es die richtigen Schüler*innen gibt. Das „begabungsgerechte" Schulsystem produziert mit dem Abschulen also ein Problem, dessen es selbst systemimmanent nicht mehr Herr werden kann. Es stellt sich also die Frage, ob das Abschulen überhaupt noch zeitgemäß ist in einer Gesellschaft, die auf individuelle Förderung, Chancengerechtigkeit und inklusive Schulen setzt. Das Bild von den sogenannten falschen Schüler*innen im richtigen System ist selbstwertzerstörend und wenn man so will verachtend.

### Schule der Menschlichkeit

Gute Gesamtschule, gute Schule „ist nicht zuletzt, sondern in allererster Linie eine Schule der Menschlichkeit, eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler unbedingt und vorbehaltlos angenommen werden, so wie sie sind. Wenn die Schule erfolgreich Wertvorstellungen einer humanen, demokratischen und umweltbewussten Gesellschaft vermitteln will, dann gelingt

Foto: Christian Hoffmann

*Isabel Rojas (rechts) im Gespräch mit der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Julia Willie Hamburg. Im Hintergrund Kultusminister Grant Hendrik Tonne.*

das nur über menschliche Akzeptanz", zitierte Marianne Demmer Wolfgang Kuschel, den ehemaligen Schulleiter der ISG Langenhagen.
„Was also, wenn das Gymnasium sich dieser Verantwortung stellt und entweder alle Schüler*innen, die es aufnimmt, auch behält oder eben von Anfang an viel weniger Schüler*innen aufnimmt – sagen wir mal 15 Prozent – und sich damit zum Sehnsuchtsort der aktiven Deutschen Philologen entwickelt", warf Marianne Demmer in den Raum und lud die Zuhörer*innen zu einem Gedankenexperiment ein, das im Sinne von Schulentwicklung weitergedacht und diskutiert werden kann.

### Für Chancengleichheit

Marianne Demmer fasste ganz praktische Argumente für die Gesamtschule als ersetzende Schulform zusammen:

- „Eltern, Kindern und [Lehrkräften] wird der Druck der viel zu frühen Schulformentscheidung genommen."
- „Demütigung und Entmutigung durch Abschulung und Sitzenbleiben werden den betroffenen [Jugendlichen] und ihren Familien erspart."
- „Überlegenheits- und Minderwertigkeitsgefühle durch die Schulformzugehörigkeit finden keine Nahrung."
- Sie bieten „Planungsvorteile für Schulträger, Schulpolitik und Schulverwaltung sowie eine bessere Steuerungsmöglichkeit der Lehrkräfteversorgung durch einheitliche Lehrerbildung und -besoldung."

Das zentrale Argument für die Gesamtschule ist und bleibt die Chancengleichheit und damit der Bildungszugang unabhängig von Status und Herkunft, die auch heute in Deutschland keine Selbstverständlichkeit sind. Im Gegenteil – eine Studie der OECD bestätigte erst 2018, dass das Bildungssystem nicht in der Lage ist, die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft immer noch über den Bildungserfolg eines jungen Menschen.
Dazu braucht es aber auch heute noch Fürsprecher*innen, die sich für das Gelingen von Gesamtschulen einsetzen und die Alleinstellungsmerkmale schätzen und schützen.
„Die Gesamtschule braucht dringend mehr Unterstützung …" schrieb der allseits bekannte Prof. Harald Lesch, Astrophysiker, Naturphilosoph, Wissenschaftsjournalist und Fernsehmoderator von „Leschs Kosmos" beim ZDF in einer Mail an Marianne Demmer. Lesch hat sein Abitur an einer hessischen Gesamtschule gemacht und schockiert mit dieser Information gerne mal bei wissenschaftlichen Vorträgen. „In Bayern denken sie, sie hätten das beste Bildungssystem der Welt und das sagen sie auch. Deshalb sage ich dort gerne, dass ich auf einer hessischen Gesamtschule war", zitierte die Gießener Allgemeine vom 23. Februar 2018 Prof. Harald Lesch.
Marianne Demmer schloss ihren Vortrag mit den Worten „Aus uns ist was geworden!"

**Isabel Rojas**
Vorsitzende der Landesfachgruppe Gesamtschulen

## Lust auf mehr?!

Zum Jahreswechsel wird die GEW Niedersachsen zusammen mit der GGG Niedersachsen und IGS Langenhagen eine Festschrift mit den Redebeiträgen des Festaktes vom 12. Oktober 2021 zu 50 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen veröffentlichen. Darüber hinaus sind darin verschiedene spannende und informative Begleittexte sowie rührende und aufschlussreiche Interviewfragmente ehemaliger Gesamtschulschüler*innen zu finden.

# 50 Jahre Berufsverbote

**Im Januar 2022 liegt der 50. Jahrestag des Radikalenerlasses. 1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Bundesländer unter dem Vorsitz von Willy Brandt den Extremistenbeschluss.**
In der Folge wurden rund 3,5 Millionen Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst überprüft, auch in Niedersachsen. Wen der Verfassungsschutz als „Radikalen“ oder „Verfassungsfeind“ einstufte, wurde aus dem öffentlichen Dienst entfernt oder erst gar nicht eingestellt. Bundesweit kam es zu 11.000 Berufsverboten und zu 2.200 Disziplinarverfahren. Betroffen waren vor allem Kommunist*innen, andere Linke und Gewerkschafter*innen.

Die Berufsverbote stehen im Widerspruch zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und den Kernnormen des internationalen Arbeitsrechts, wie die International Labour Organization (ILO) seit 1987 feststellt. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte 1995 die Praxis der Berufsverbote.
Das Aussprechen von Berufsverboten hat die Berufsbiographien vieler Kolleg*innen nachhaltig geprägt und darf sich aus Sicht der GEW nicht wiederholen. Der Aufruf „50 Jahre Berufsverbote – Demokratische Grundrechte verteidigen!“ kann online hier unterzeichnet werden: **www.berufsverbote.de**

**Neue GEW-Kampagne wärmt sich auf**

# Die Lücken müssen gefüllt werden

**Unter der Überschrift „Da fehlt doch wer?!“ hat die GEW Niedersachsen eine Kampagne zum Fachkräftemangel in der Bildung erarbeitet. In der Aufwärmphase Anfang Dezember werden Plakate (ein Lückentext wie auf der Titelseite der E&W-Ausgabe November) sowie vor allem von Ehrenamtlichen gestaltete Postkarten an die niedersächsischen Schulen geschickt.**
Letztere können im Kollegium verbreitet, untereinander getauscht sowie an Bürotüren, Schwarze Bretter und so weiter gehängt werden. Denn durch die langwierigen Diskussionen rund um Corona ist dieses zentrale Defizit bisweilen aus dem Fokus geraten – und soll nun wieder stärker ins Bewusstsein treten. Das aktuelle Titelblatt unseres Magazins zeigt darüber hinaus im Klartext, worum es gehen soll.

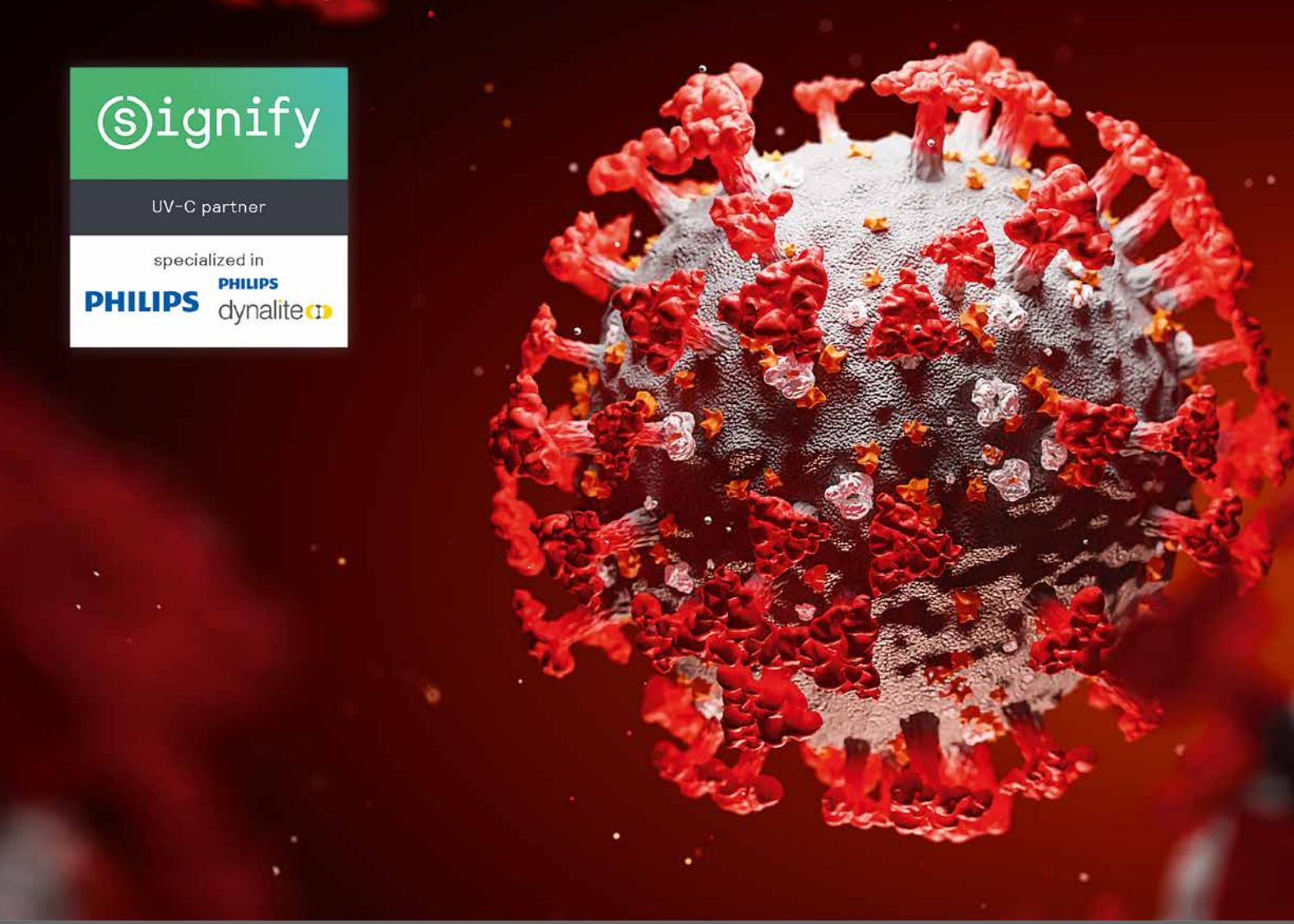
Zudem will die Kampagnen-Arbeitsgruppe der Landesregierung und den demokratischen Parteien schon vor Beginn des Wahlkampfes zum Niedersächsischen Landtag klar machen, dass in den Bildungsbereich umfangreich und dauerhaft investiert werden muss. Wer von guter Bildung spricht, braucht gute Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung. Und das geht nur mit ausreichend Personal, das gesund und motiviert ist. Der Landesverband wird diese Forderung daher bis zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022 durch verschiedene Aktionen immer wieder erheben.
Aktuelle Informationen zu „Da fehlt doch wer?!“ wird es ab Anfang Dezember auf der Website **www.gew-nds.de** und den Social-Media-Kanälen der GEW Niedersachsen geben.

signify

UV-C partner

specialized in

PHILIPS dynalite



# UV-C-Luftdesinfektion jetzt bis zu 80 % gefördert[1]

## Sichern Sie sich den Zuschuss[1] für Ihre Hygienemaßnahme:

- ✓ UV-C-Geräte wirken gegen SARS-CoV-2 und alle bisher getesteten Viren[2]
- ✓ Antragsberechtigte erhalten bis zu 80 % der förderfähigen Ausgaben für stationäre UV-C-Geräte als Zuschuss[1]
- ✓ Verlassen Sie sich auf unseren Rundum-Service von Planung über Umsetzung bis Wartung

**Lassen Sie sich jetzt persönlich beraten:**

Herbert.Warnecke@ewe.de
0162 138 50 52
business.ewe.de/uvc

**1)** Mehr Informationen zum Förderverfahren finden Sie auf der Seite des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle unter https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Raumlufttechnische_Anlagen/raumlufttechnische_anlagen_node.html
**2)** In Labortests und unter Laborbedingungen der Universität Boston konnte nach einem 9 Sekunden langen Einsatz von UV-C-Lichtquellen die Infektiosität des SARS-CoV-2-Virus auf einer Oberfläche nicht mehr nachgewiesen werden. Die Forschungsergebnisse sind unter nature.com/articles/s41598-020-79600-8 einsehbar.

**EWE VERTRIEB GmbH,** Cloppenburger Straße 310, 26133 Oldenburg

EWE

Einfallstore für die AfD

# Deprivation und arbeitsweltliche Zuspitzungen

**Zweifellos wählen und unterstützen auch Mitglieder der besitzenden Oberschicht sowie aus Adelskreisen die AfD, überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielt die Partei jedoch in der Schicht der Prekarisierten, der (unteren) bürgerlichen Mitte und der vormaligen Nichtwähler*innen.**

Die Psychologie-Professorin Eva Walter hat vor diesem Hintergrund drei Konfliktlinien ausgemacht, die erklären sollen, warum gerade diese Bevölkerungskreise bei der immer mehr nach rechts driftenden AfD ihr Kreuzchen machen. Ihrer Analyse zufolge sind es eine ökonomische, eine identitätsbezogene und eine Vertrauenslinie, die mit deprivierten, also nicht erfüllten menschlichen Bedürfnissen dieser Wähler*innen kollidieren. Zum einem ist es das Bedürfnis nach existenzieller Versorgung und materieller Sicherheit. Angesichts der Finanzkrise und deren Folgen sowie der sich zuspitzenden sozialen Ungleichheit, unter anderem durch die Agenda 2010, richtet sich das staatliche Handeln nach Ansicht dieser AfD-Wähler*innen nicht mehr an diesem elementaren Bedürfnis aus. „Das Gefühl materieller Sicherheit“, betont Walther in diesem Zusammenhang, „ist ja nie ein absolutes, sondern hängt vom Vergleich mit anderen ab. Manche haben das Gefühl, dass man selbst zu kurz kommt.“[1] Bei der zweiten Konfliktlinie hat man es mit Menschen zu tun, die sich nicht mehr wertgeschätzt fühlen. „Die Gesellschaft hat sich durch Liberalisierung und Modernisierung so verändert, dass viele althergebrachte Quellen der Wertschätzung nicht mehr existieren: Das Familienoberhaupt, die enge Bindung an den Betrieb, das gibt es nicht mehr. Hier sind die Konservativen anfällig, die nicht die Vergangenheit wiederhaben wollen, sondern sogar eine schönere Vergangenheit. Sie spricht die AfD zum Beispiel durch die Leugnung des Klimawandels oder durch ihre Geschlechterpolitik an.“[2] Und schließlich die dritte Konfliktlinie, die die bisherigen Nichtwähler*innen zur Wahl der AfD motiviert: sie sind schon seit längerem frustriert und wütend über die herrschende Politik. Ihnen wird „das Angebot gemacht, den etablierten Parteien den Marsch zu blasen.“[3]

### Arbeitsweltliche Zuspitzung

Die sich in vielen Beschäftigungsbereichen auflösende „enge Bindung an den Betrieb“ sowie die sich stetig steigernden arbeitsweltlichen Zuspitzungen sind bisher in der Analyse der nach rechts driftenden Wahlpräferenzen eher selten untersucht worden. Grundlegende Erkenntnisse zu diesem Themenfeld haben Dieter Sauer et.al. mit dem Buch „Rechtspopulismus und Gewerkschaften“ vorgelegt.[4] In einer Zusammenfassung der praxisnahen Forschungsergebnisse legen Detje/Sauer[5] dar, dass aus den Betrieben berichtet wird, „dass seit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente und den Bundestag eine ‚Enttabuisierung‘ der Neuen Rechten stattgefunden hat.“

Demnach sei eine politische Dynamik zu beobachten, deren Ausmaß und Verbreitung im Betrieb auch von Seiten der Gewerkschaften unterschätzt worden sei. Ressentiments, die bei manchen schon immer vorhanden gewesen seien, würden nun offen ausgesprochen. Insbesondere mit dem starken Zustrom von Flüchtlingen im Jahre 2015 sei eine betriebliche „Klimaveränderung“ feststellbar gewesen, die einmündete in den Tenor: „Die nehmen uns was weg.“

Ein weiterer, auf arbeitsweltlicher Ebene anzusiedelnder, Nährboden für das Anwachsen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die

Grafik: Adobe Stock © Hurca!

Wahrnehmung und Erfahrbarkeit eines schon seit längerer Zeit andauernden Krisenprozesses. „Als krisenhaft werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen erlebt. Trotz gesunkener Arbeitslosigkeit ist die Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht verschwunden. Beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb, Aufspaltungen, Verlagerungen, Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogramme, zunehmender Leistungsdruck“ und eine „sich abzeichnende Transformation der Arbeitswelt aufgrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung“[6] kennzeichnen den Arbeitsalltag. Insbesondere bei älteren Beschäftigten entwickelt sich deshalb ein „Gefühl der Überforderung, des Nicht-mehr-Mitkommens, des Abgehängt-Werdens.“[7] In den Gesprächen, die von der Forschungsgruppe um Sauer et.al. protokolliert wurden, ist vielfach von „Kontrollverlusten und Abstiegsängsten, von Abwertungserfahrungen, von Gefühlen der Macht- und Perspektivlosigkeit“[8] die Rede.

Angesichts dieser Ängste und Erfahrungen fühlen sich viele Beschäftigte von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Die Folgen sind eine verbreitete Wut auf die politischen Repräsentant*innen sowie eine Anti-Establishment-Haltung. „Besonders tief sitzt die Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die sich von ihrem Anspruch, Interessenvertreterin der Lohnabhängigen zu sein, vollständig verabschiedet habe. Auch von der Linken erwartet man sich nicht viel, die Arbeitswelt wird mit ihr kaum in Verbindung gebracht.“[9] Demgegenüber können die Gewerkschaften „noch einen gewissen Kredit und eine interessenpolitische Legitimation für sich beanspruchen. Doch auch ihr Kreditspielraum scheint geringer zu werden.“[10]

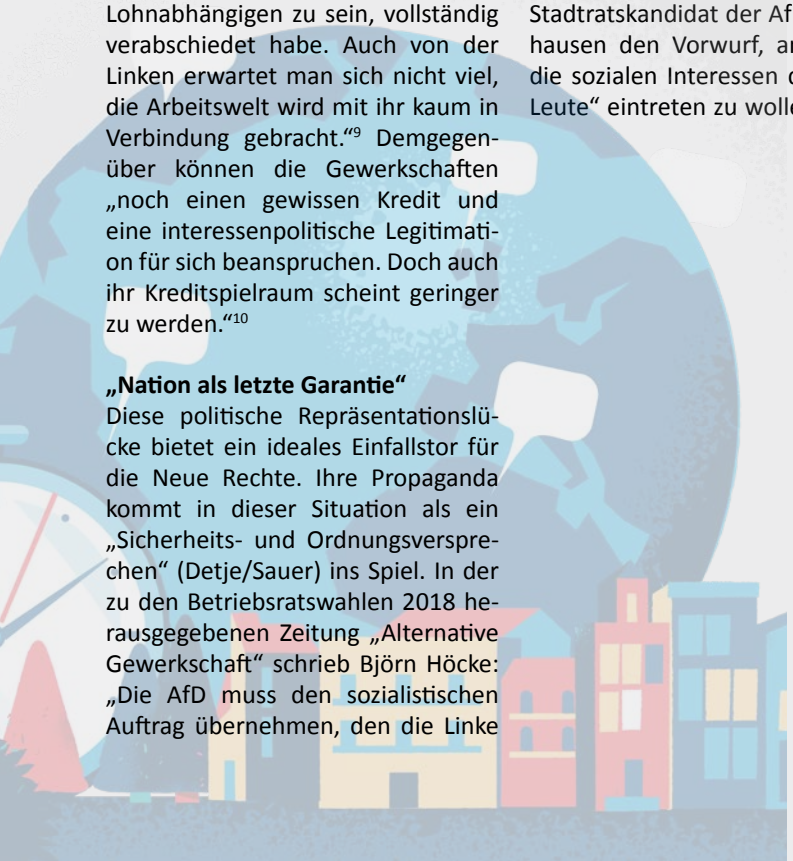
**„Nation als letzte Garantie“**

Diese politische Repräsentationslücke bietet ein ideales Einfallstor für die Neue Rechte. Ihre Propaganda kommt in dieser Situation als ein „Sicherheits- und Ordnungsversprechen“ (Detje/Sauer) ins Spiel. In der zu den Betriebsratswahlen 2018 herausgegebenen Zeitung „Alternative Gewerkschaft“ schrieb Björn Höcke: „Die AfD muss den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat. Als Anwalt der Arbeiter und der sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört.“[11] Neben dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf der vertikalen Ebene wird also ein „Insider-Outsider-Gegensatz“ (Detje/Sauer) auf der horizontalen Ebene imaginiert. Gezielt werden Volk und Nation ins Spiel gebracht, als „Ersatz für Integrationsfaktoren in einer desintegrierten Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft zerfällt“, so Miroslav Hroch, „erscheint die Nation als letzte Garantie.“[12] Und dieses ideologische Grundmuster wird von der AfD von der Bundesebene bis in die kleinsten Verästelungen der Partei durchdekliniert. Im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl wurden der Dexit, also der Austritt aus der EU, die Rückkehr zur Deutschen Mark sowie die strikte Ablehnung des Familiennachzugs für hier lebende Flüchtlinge als politische Perspektive propagiert. Im Kommunalwahlprogramm der AfD Niedersachsen wird gefordert, dass die „niedersächsische Abschiebepraxis sich zukünftig allein an den Interessen der Bürger des Landes orientieren muss“ und „wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat.“ Wobei „integrationswidriges Verhalten“ für die AfD Niedersachsen schon beim „Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst“ beginnt… Und schließlich ganz unten: auf örtlicher Ebene erwiderte der (gewählte) Stadtratskandidat der AfD in Wildeshausen den Vorwurf, angeblich für die sozialen Interessen der „kleinen Leute“ eintreten zu wollen, andererseits aber eine radikale Senkung des Spitzensteuersatzes mit Mindereinnahmen von jährlich mindestens 20 Milliarden Euro zu unterstützen, mit dem Gegenargument, als Ausgleich dafür jegliche staatliche Unterstützung für hier lebende Flüchtlinge zu streichen.

**Grundlegende Systemfragen**

Auf das Propagandafeuerwerk der Neuen Rechten sowie auf die Abstiegs- und Zukunftsängste der Beschäftigten müssen, so Detje und Sauer, „Antworten gefunden werden, die letztlich vor Systemfragen nicht haltmachen. Das wird auch von den befragten Kolleg*innen gefordert. Das ist deshalb notwendig, weil sich in der rechten Argumentation und in den rechten Strategien durchaus systemkritische Elemente finden, die Linke und Gewerkschaften in ihrem Sinne bearbeiten müssen.“[13] Ein weiterer zentraler Aspekt, der dringend diskutiert werden muss, ohne dabei in nostalgische Träumereien zu verfallen, ist folgender: einer technologischen Innovationspolitik zum Zwecke der Gewinnmaximierung muss eine technische Entwicklungslogik entgegengesetzt werden, die die Lebensqualität der gesellschaftlichen Mehrheit ins Zentrum stellt. Angesichts eines am Horizont aufziehenden ökologischen Desasters und sich (weltweit) verschärfender sozialer Spaltung kann ein zukünftiger rechter Vormarsch nur durch eine radikale Umverteilungs- und Umweltpolitik gestoppt werden.[14]

**Ralf Beduhn**
AG Courage gegen Rechts



[1] Interview mit Eva Walther, in: taz, 15. Oktober 2019.
[2] Ebd.
[3] Ebd.
[4] Sauer, Dieter/Stäger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richand/Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg 2018.
[5] Detje, Richard/Sauer, Dieter: Betriebliche Zustände. – Ein Nährboden des Rechtspopulismus. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/M. 2018.
[6] Ebd. S.202.
[7] Ebd.
[8] Ebd. S.203.
[9] Ebd. S.205.
[10] Ebd.
[11] Björn Höcke: Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus. In: Alternative Gewerkschaft. Hrsg.: Ein Prozent e.V., Frühjahr 2018.
[12] Z.n. Detje/Sauer, ebd. S.204.
[13] Ebd. S.207.
[14] So forderte beispielsweise Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung kürzlich in einem Kommentar, „mit einer fundamentalen Umverteilungspolitik zu beginnen.“ (Heribert Prantl: Das All gehört allen – und nicht abgehobenen Milliardären. Prantls Blick, 25. Juli 2021).

**9. und 10. Mai 2022**

# Wahlen der Landesdelegiertenkonferenz 2022

In Anwendung von § 2 Absatz 1 der Wahlordnung des GEW-Landesverbandes Niedersachsen veröffentlicht das Präsidium der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) nachstehend die Vorstandsämter, die durch die LDK 2022 zu besetzen sind:

a) der Vorsitzende oder die Vorsitzende
b) zwei stellvertretende Vorsitzende, davon mindestens eine Frau,
c) der Leiter oder die Leiterin des Referats Tarif- und Beamtenpolitik
d) der Leiter oder die Leiterin des Referats allgemein bildende Schulen
e) der Leiter oder die Leiterin des Referats Jugendhilfe und Soziale Arbeit
f) der Leiter oder die Leiterin des Referats Ausbildung, Fortbildung, Hochschulen und Forschung
g) der Leiter oder die Leiterin des Referats Berufliche Bildung und Weiterbildung
h) der Leiter oder die Leiterin des Referats Gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung
i) der Leiter oder die Leiterin des Referats Frauen- und Gleichstellungspolitik
j) der Schatzmeister oder die Schatzmeisterin

Vorschlagsberechtigt sind gemäß § 2 Absatz 2 der Wahlordnung die Bezirksverbände, die Fachgruppen, die Ausschüsse, der Landesvorstand und der Geschäftsführende Vorstand. Das Präsidium bittet, die Wahlvorschläge bis zum **8. März 2022** zu senden an: GEW-Landesverband Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover.

**Das Präsidium der LDK 2022**
**Dornhoff, Furtner, Gross**

Foto: Christian Hoffmann

**Niedersächsischer Ausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung**

# Anna Macias neue Ausschuss-Vorsitzende

**Ende September traf sich der Niedersächsische Ausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung (NAMA) zu einer Sitzung in der Landesgeschäftsstelle und wählte Anna Macias ebenso einstimmig zur Vorsitzenden wie Birgit Zwikirsch zur Stellvertreterin. Macias wurde zudem als Vertreterin des NAMA auf Bundesebene bestimmt (BAMA).**

Nach einjähriger Pause hatte sich der NAMA zuvor mit je zwei ehemaligen und neuen Mitgliedern erneuert (siehe E&W Niedersachsen September/Oktober 2021). Er hat es sich grundsätzlich zur Aufgabe gemacht, migrationspolitische und -pädagogische Themen innerhalb der GEW Niedersachsen zu diskutieren, bildungspolitische Impulse zu geben und die Entwicklung von Konzepten voranzutreiben.

Arbeitskreis Queer

# Dritte Fachtagung queere Pädagogik 2021

**Schon zum dritten Mal fand vom 29. September bis zum 1. Oktober 2021 in der Akademie Waldschlösschen Gleichen-Reinhausen bei Göttingen die „Fachtagung queere Pädagogik: queer denken – aktivieren – vernetzen“ statt.**

Gerichtet war sie an alle, die im Bildungs- und Erziehungsbereich tätig sind und das Ziel einer geschlechtersensiblen Pädagogik aktiv anstreben. Und so kamen die Teilnehmenden diesmal aus ganz Deutschland angereist und viele Berufsfelder waren vertreten, wie zum Beispiel Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen, aber auch Kulturschaffende wie Podcaster*innen, Künstler*innen oder Theaterschaffende oder Politiker*innen. Und natürlich war auch der Arbeitskreis Queer der GEW Niedersachsen gut vertreten.

Den thematischen Einstieg bildete ein Vortrag von Hannah Engelmann von der Trans*Beratung Göttingen zum Thema „Pädagogische Handlungsmöglichkeiten rund um Trans* in Schule und Kita“. Der Vortrag warf aus einer trans*-Perspektive Schlaglichter auf mögliche Herausforderungen in sozialen, rechtlichen und medizinischen Fragen und forderte zum aktiven pädagogischen Handeln auf.

Weitere Dozent*innen waren Christina Schneider mit einem Workshop zu der Ausstellung „Sexualitäten und Geschlechter im Spiegel“, Sandra Wolf vom Hainberg-Gymnasium Göttingen mit einem Workshop zur Körpererfahrung mit Tanz und Bewegung („Dancing gender“), Corinna Griffiths von der KGS Laatzen und Alexandra Schmalz vom Hainberg-Gymnasium Göttingen mit einem Workshop, der sich mit kreativen Zugängen zum Thema Selbst- und Fremdwahrnehmung beschäftigte, sowie Ute Neumann von der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Göttingen mit einem Workshop zu Kommunikation und gendersensiblen Formulierungen.

Als weiteres Highlight stellte sich die Gruppe „HG Queer“ vor, eine queere Schüler*innengruppe vom Hainberg-Gymnasium Göttingen, die sich gegen die Diskriminierung queerer Menschen einsetzt und schon zahlreiche beachtenswerte Projekte an der Schule geplant und durchgeführt hat.

Auf einer Infobörse während der Tagung wurden verschiedene queere Projekte der Teilnehmenden vorgestellt: das Projekt „Schule der Vielfalt Niedersachsen“, die Initiative „teachout“, die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Grünen in Niedersachsen, das Theaterstück „Nasser #7Leben“ in Berlin am Grips Theater, der Podcast „Somewhere Over the HayBale“, der Geschichten von queerem Leben auf dem Land erzählt, die Rosalila-Bibliothek in Neubrandenburg, das Buchprojekt Klassenfahrt und Klassismus und intersektionale Perspektiven, das freie Performance Kollektiv CHICKS*, die QueerTeachers Braunschweig und auch die Arbeit des AK Queer der GEW Niedersachsen.

Fazit der Tagung: Es war eine willkommene Gelegenheit, um an neuen Input für eine queere Bildungsarbeit zu gelangen, sich auszutauschen, sich gegenseitig zu aktivieren und für Vernetzung. Auch im nächsten Jahr wird es wieder eine Fachtagung queere Pädagogik geben, die dann unter dem Leitthema „Queere Kultur“ stehen wird. Allen Interessierten, die (weiter) daran arbeiten wollen, dass Vielfalt auch im Bildungs- und Erziehungsbereich als Chance und nicht als Bedrohung empfunden wird, sei diese Tagung empfohlen: geplant ist der Termin vom 2. bis 4. November 2022.

**Monika Brinker**
für den Arbeitskreis Queer

Arbeitskreis Queer

## Herzlich willkommen!

Der AK Queer der GEW Niedersachsen ist eine offene Gruppe. Wer Fragen hat, Termine für die nächsten Veranstaltungen erfahren oder inhaltlich mitarbeiten will, erreicht den AK Queer über Roland Müller **rolamueller@gmx.de** oder Monika Brinker **MBrinker@gmx.de** oder den AK Queer Weser-Ems unter **info@gewweserems.de**.

Zudem gibt es das Angebot von offenen Stammtischen:
In Braunschweig: jeden 2. Freitag im Monat
Termine und Kontakt unter **https://onkel-emma.org/gruppen/queerteachers**
In Göttingen: Kontakt: **QueerTeachers@gmx.de**
In Hannover: Kontakt: **rolamueller@gmx.de** oder **MBrinker@gmx.de**

DGB-Filmpreis

# Titel geht an „Dear Future Children“

**Der Dokumentarfilm „Dear Future Children“ hat den diesjährigen Filmpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gewonnen.**

Das Publikum des 31. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney gab der Dokumentation die höchste Wertung im DGB-Wettbewerb für sozial engagierte Filme. „Dear Future Children“ porträtiert drei junge Frauen in Hongkong, Chile und Uganda, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz engagieren und dafür hohe persönliche Risiken eingehen. Buch und Regie lagen in den Händen von Franz Böhm (Jahrgang 1999), finanziert wurde der Film zum großen Teil durch Spenden.

Foto: Filmfest Emden

*Marion Knappe (DGB) und Fabian Lieb (Produzent)*

Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt vergab den mit 7.000 Euro dotierten Preis zum 23. Mal, die GEW Niedersachsen gehört zu den Förderern. Marion Knappe, Referatsleiterin Medien- und Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand, überreichte die Auszeichnung am 10. Oktober im Rahmen der Preisverleihungsgala in der historischen Johannes a Lasco Bibliothek in Emden. Sie meint: „Das Emder Publikum hat eine sehr gute Wahl getroffen. Diese drei jungen Heldinnen begleiten zu dürfen, ist ein Erlebnis. Ihr Mut, ihre politische und soziale Weitsicht sind beeindruckend und können ein Vorbild sein. Die Bilder, teilweise in gewalttätigen Auseinandersetzungen entstanden, sind so atemberaubend wie künstlerisch“.

Der Film läuft seit dem 14. Oktober 2021 in deutschen Kinos, eignet sich aber auch zum Einsatz bei Diskussionen, Seminaren oder im Unterricht. Das Institut für Kino und Filmkultur gibt ein Begleitheft heraus, das Informationen und Unterrichtsmaterial zusammenstellt und gut zur Vorbereitung von Veranstaltungen dient. Unter dem Link **www.film-kultur.de/publikationen** steht es zum kostenlosen Download bereit.

Informationen zum Film gibt es unter **https://dearfuturechildren.com** und **www.dgb.de/-/bgi**. Wer organisatorische Fragen zum Einsatz des Films hat, melde sich gerne bei Fabian Lieb (**mail@fabianlieb.com**).

# Wichtige Mitgliederdaten

Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Höhe des individuellen Gehalts beziehungsweise der individuellen Besoldung. Einzelheiten dazu finden sich in der aktuellen Beitragsordnung, die auf **www.gew-nds.de** im Bereich Mitgliederservice zum Download zur Verfügung steht. Dort gibt es auch einen Beitragsrechner und weitere Informationen.

Wenn Gehälter und Bezüge steigen, dann steigt auch der Beitrag im gleichen Verhältnis. Die entsprechende Veränderung beim Einzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt zeitlich parallel dazu. Der Beitrag kann von uns nur dann korrekt festgelegt werden, wenn wir rechtzeitig über Veränderungen (Ende des Referendariats, Veränderung der Teilzeit, Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, …) informiert werden. Eine schnelle Information der Mitgliederverwaltung ist auch deshalb von Bedeutung, weil wir zu viel bezahlte Beiträge rückwirkend maximal nur für das laufende und ein weiteres Quartal erstatten können.

Auch die Meldung neuer Anschriften und Veränderungen hinsichtlich der Dienststelle sind wichtig, damit Informationen und Einladungen regional passend und entsprechend der Fachgruppe zugeschickt werden können.

Bitte für das Anzeigen von Änderungen das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage nutzen oder die entsprechenden Informationen per Mail senden an:
**mitgliederverwaltung@gew-nds.de**

Kreisverband Celle

# Senior*innen besuchen die Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Nach langer Corona-bedingter Pause konnte endlich wieder eine Veranstaltung der Seniorinnen und Senioren des GEW-Kreisverbandes Celle stattfinden. Susanne Seitz, selbst pensionierte Lehrerin und langjährige Mitarbeiterin des Besucherdienstes der Gedenkstätte Bergen-Belsen, hatte eine Informationsveranstaltung angeboten und so trafen sich Mitte Oktober elf Personen in der Gedenkstätte.**

Nach einer Einführung in die sehr komplexe Lagergeschichte folgte ein Rundgang über Teilbereiche des ehemaligen Lagergeländes, auf dem sich heute unter anderem ein Friedhof mit Massengräbern, Mahnmalen und Gedenksteinen befindet.

Die sehr informative Ausstellung im Dokumentationszentrum besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss individuell. Hier werden die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers (1940 bis 1945), des Konzentrationslagers (1943 bis 1945) und des Displaced Persons Camps (1945 bis 1950) auf vielfältige Weise dargestellt.

Nach mehr als drei Stunden Aufenthalt in der Gedenkstätte traf die Gruppe zum Abschluss noch einmal zusammen. Obwohl fast alle Teilnehmenden bereits zuvor in der Gedenkstätte gewesen waren, äußerten sich alle positiv darüber, dass sie doch wieder neue und vertiefende Eindrücke über das ehemalige Lager gewinnen konnten, nicht zuletzt durch die sehr unterschiedlichen und bewegenden Zeitzeugeninterviews.

**Ellen Brutschke**
**Susanne Seitz**

Für weitergehende Informationen: **https://bergen-belsen.stiftung-ng.de**

Foto: Heiko Pannemann

**Kreisverband Wesermarsch**

# GEW-Kreisvorstand einstimmig wiedergewählt

**Auf der Mitgliederversammlung der GEW Wesermarsch am 13. Oktober 2021 im Hotel „König von Griechenland“ in Ovelgönne wurde der bisherige Kreisvorstand einstimmig im Amt bestätigt.**

Somit wird der Kreisverband weiterhin vom Vorsitzendenteam Ute Dierken, Anja Drees und Katrin Wieners geleitet. Zu Beginn der Versammlung wurde dem im Sommer 2021 verstorbenen GEW-Mitglied Hartmut Neumann gedacht, der seit 2005 bis zu seiner Pensionierung stellvertretender Schulleiter des Gymnasiums Nordenham war. Anschließend wurden die Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GEW geehrt. Anwesend waren Christine Knutz, Ute Krüger und Karlheinz Ranft (jeweils 50 Jahre in der GEW) sowie Gunda Bogusch, Christiane Herrmann, Hannelore Menke, Gudrun Voss und Hans Berends (jeweils 40 Jahre in der GEW). Neben Ehrenurkunden und Blumensträußen erhielten sie Buchgutscheine als Anerkennung für ihre treue Mitgliedschaft in der Bildungsgewerkschaft.

Danach wurden der Bericht des Vorstandes sowie der Haushalts- und Kassenbericht einstimmig gebilligt, der bisherige Vorstand entlastet und der Haushaltsplan für die nächste Wahlperiode gebilligt.

Nach den Wahlen berichtete Nils Humboldt über die antifaschistischen und antirassistischen Aktionen in Nordenham im Rahmen des DGB-Kreisverbandes Wesermarsch und des Bündnisses „Nordenham bleibt bunt“. Er schilderte, wie diese Aktivitäten im Jahr 2015 begannen mit der Einführung einer Mahnwache an den Stolpersteinen am 9. November, dem Tag der Reichspogromnacht. Nils kannte diese Aktion aus seiner Studienzeit in Leipzig, und als er in Nordenham in den Schuldienst eingestellt wurde, regte er an, dass das in Nordenham ebenfalls durchgeführt werden solle. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann. Mit im Boden verlegten kleinen Messing-Gedenktafeln, sogenannten Stolpersteinen, soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, vertrieben oder deportiert und ermordet wurden. Sie werden vor den letzten frei gewählten Wohnhäusern der NS-Opfer niveaugleich in das Pflaster des Gehwegs eingelassen und erinnern mit den Namen der dort ehemals Wohnenden an die nicht mehr vorhandenen jüdischen Mitbürger und das ehemals jüdische Leben im jeweiligen Ort. Mittlerweile gibt es sie nicht nur in Deutschland, sondern in 26 Ländern in Europa.

In Nordenham gab es vor dem Holocaust 24 jüdische Mitbürger und nun gibt es dort entsprechend viele Stolpersteine, die auch gepflegt werden müssen. Auf die Initiative von Nils begann es im Jahr 2015 mit einer Mahnwache und einer Beteiligung von 30 Personen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren durchweg positiv und die Teilnehmerzahl stieg dann in jedem Jahr. 2016 übernahm der DGB-Kreisverband die Schirmherrschaft, im Jahr 2018 gründete sich nach Nazischmierereien an der örtlichen Moschee das Aktionsbündnis „Nordenham bleibt bunt“. 2019 wurde die Mahnwache an den Stolpersteinen dann getragen von einem breiten Aktionsbündnis und einer großen Beteiligung, nachdem es am Vorabend Farbschmierereien an den Stolpersteinen gegeben hatte. In Jahr 2020 beteiligten sich dann auch die Kirchen und trotz Corona nahmen 130 Menschen an dieser Mahnwache teil.

Nordenham ist die einzige Kommune in der Wesermarsch, in der es diese Aktionsform des Gedenkens an das ehemals jüdische Leben in der Wesermarsch und die vertriebenen oder getöteten jüdischen Mitbürger gibt. Nils Humboldt regte an, darüber nachzudenken, ob das nicht auch an anderen Orten angemessen und angebracht sei, beispielsweise in der Kreishauptstadt. Nordenham zeige, wie aus kleinen Anfängen eine breit getragene und in der Öffentlichkeit positiv bewertete Gedenkveranstaltung erwachsen könne.

Die GEW-Mitglieder dankten Nils mit langanhaltendem Beifall für seine interessanten und informativen Ausführungen.

**Heiko Pannemann**

**Kreisverband Osterode**

# Digitalisierung im Bildungsbereich und Kreisdelegiertenversammlung

**Im öffentlichen Teil der Kreisdelegiertenversammlung des GEW-KV Osterode im Harzer Hof in Scharzfeld wurde die Digitalisierung im Bildungsbereich in pädagogische Zusammenhänge gestellt und hinterfragt.**

Der hochaktuelle Vortrag der Expertin aus dem GEW-Landesvorstand, Anne Kilian, und interessante Debattenbeiträge fanden leider zu wenige Teilnehmer*innen, die in den Schulen arbeiten und mit digitalen Medien und ihren Begleiterscheinungen im Alltag zu tun haben. Aus dem Teilnehmer*innenkreis wurde das nicht als Desinteresse gewertet, sondern es wurde eine beträchtliche Anzahl von Elternversammlungen und Konferenzveranstaltungen in verschiedenen Schulen am selben Tag angeführt.

Eingangs berichtete Anne Kilian von maßgeblichen Befürwortern des digital gestützten Distanz-Lernens auf Landesebene, auch Minister Tonne sei „schon vor Corona“ dafür zu begeistern gewesen, verständlich vor allem mit Blick auf die manchmal von der Umgebung und vom Präsenz-Lernen abgeschnittenen Schülerinnen und Schüler auf den Inseln an der Nordseeküste. Zudem stellte die Referentin an den Anfang: „Digitaler Unterricht ist gleich moderner Unterricht? Diese Gleichung stimmt nicht automatisch!“ Ernsthaftes, echtes Lernen und Erforschen von Sachthemen auf digitalem Weg sei lernentwicklungspsychologisch in der Regel erst in weiterführenden Schulen ab Jahrgang 7 sinnvoll. Zudem sei „nicht Digitalisierung, sondern Didaktisierung“ notwendig, also die Verständigung über Ziele des Lernens, zu deren Erreichen digitale Technik ein gutes Mittel sein könne.

Heiß diskutierte Fragen waren in der Veranstaltung zum Beispiel: „An sich ist der Mensch ja keine Maschine“, wie verändert sich dann bei gehäuftem Digital- beziehungsweise Distanz-Unterricht das Verständnis von Schule, vom Miteinander, vom sozialen Lernen, von Menschenbildung, die sich nicht nur als passgenaue Ausbildung für den aktuellen Arbeitsmarkt versteht? Ist nicht auf allen Ebenen, beim Rechnen und Schreiben Lernen oder Malen und Zeichnen genauso wie bei komplexen Lerninhalten der gemeinsame Streit um die Sache, was richtig, falsch oder schön ist, notwendig, um gemeinsam hinzu zu lernen, und ist das im Distanzlernen leistbar? Darf man Studien ignorieren, die nachweisen, dass der für das Lernen und Verinnerlichen wichtige Bezug zu allem, was eigenhändig gelegt, geordnet, begriffen, geschaffen, geschrieben oder gerechnet wurde, stärker ist als der Bezug zu allem, was flüchtig angeklickt oder gewischt wurde? Darf man China ignorieren, wo derzeit bei der Digitalisierung auf die Bremse getreten wird, weil dort beobachtet wurde, dass die feinmotorischen Fähigkeiten von Kindern sich nicht entwickeln, wenn die Verlagerung in den digitalen Raum voranschreitet? Können sogenannte Lernprogramme den Kindern wirklich etwas beibringen? Oder können sie nur Übungsprogramme sein für Lerninhalte, Schreibregeln, Verfahren, Mengenzerlegungen, die zuvor im Wortsinne „begriffen“ sein mussten? Muss auch in Schulen beachtet werden, dass weniger zufrieden mit der Arbeit ist, wer überwiegend nur noch digital kommunizieren darf? Warum versuchen viele gute Bürokräfte, nach Jahren am PC in einem Handwerksberuf Fuß zu fassen? Wer schützt die Schüler*innen vor der Preisgabe persönlicher Daten, vor dem „digitalen Beifang“? Ist es gut, wenn die Lehrerin sehen kann, dass ein Schüler seine Facharbeit um 23.45 Uhr abgeschickt hat? Möchte wirklich jeder Mensch per Videokonferenz sein Zuhause zeigen? Muss man sich nicht sehr gut kennen und viel grundsätzliche Übereinstimmung haben, um ein heikles Beratungsgespräch mit der Lehrerin am Bildschirm zu führen?

Neben diesen Fragen wurde die „weiter auseinander gehende Schere“ zwischen Gleichaltrigen angesprochen. Durch ihr Milieu benachteiligte Kinder und Jugendliche nähmen sich beim Lernen auf Distanz als verstärkt mit Mängeln behaftet wahr, wenn schon technisch nicht geeignete Hardware oder die Internetversorgung nicht klappe. Zudem habe das Lernen unter Corona-Bedingungen vielfach zum Ausbau psychischer Ängste geführt, wieder unter die Leute zu gehen, sich wieder vor anderen mit eigenen Arbeitsergebnissen verantworten und dabei mit der eigenen Persönlichkeit auf den Präsentierteller stellen zu müssen, auch dieses zu trainieren habe in den vergangenen Monaten gelitten.

KONTER BUNT Einschreiten für Demokratie

Zu guter Letzt wurden einige Vorteile digitaler Wege benannt. Gut angewendet könnten sie ein Mittel sein, Lernfortschritte zu individualisieren, individuelle Prüfungsformate zu schaffen oder auch von ihrer Umgebung zeitweise abgeschottete Kinder im Krankenhausunterricht und in vergleichbaren Sondersituationen zu erreichen. Auch Nutzungsmöglichkeiten der digitalen Ebene für den Unterricht weiterführender Schulen wurden benannt, zum Beispiel für den Politik-Unterricht „KonterBUNT“ zum Thema Stammtisch-Parolen.

**Walter Ziegler**
Vorstandsmitglied im KV Osterode

Rezension

# Terror gegen Juden – Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt

**Jüdische Schulen müssen durch bewaffnete Kräfte gesichert werden, jüdische Gottesdienste finden unter Polizeischutz statt, Bedrohungen nehmen zu. Der jüdische Autor Ronen Steinke ist durch Deutschland gereist und berichtet von seinen Begegnungen mit Juden und Jüdinnen, von jüdischem Leben, das sich immer mehr hinter Schutzwände zurückzieht – und von einem Staat, der zugelassen hat, dass es so weit gekommen ist, von einer Polizei, die nur verwaltet, statt zu handeln, von einer Justiz, die immer wieder nur beschönigt.**

Allein auf über neunzig Seiten, die sein laut Untertitel als „eine Anklage" verfasstes Buch ergänzen, dokumentiert Ronen Steinke, Redakteur der „Süddeutschen Zeitung", akribisch in einer umfassenden Chronik antisemitische Gewalttaten seit 1945 bis 2020. Er schildert Grab- und Gedenksteinschändungen, Hakenkreuzschmierereien, tätliche Angriffe und Beleidigungen, Brand- und Bombenanschläge, Attentate, unter denen der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 besonders erschreckend ist, und Morde wie die 1980 an dem Verleger Shlomo Lewin und seiner Haushälterin Frida Poeschke durch ein Mitglied einer verbotenen Wehrsportgruppe.

Die dem Buch beigefügte Karte Deutschlands ist dicht mit schwarzen Punkten übersät, die jeder für sich einen Schauplatz einer antisemitischen Gewalttat bezeichnen und kaum eine Region aussparen.

So schildert Steinke den Alltag an einer jüdischen Grundschule in Berlin:

„Der Minibus, in dem die Kinder hinter getönten Scheiben sitzen, hält vor einem Gebäude, das von einem Zaun umstellt ist. Metallstangen, Metallspitzen, Videokameras. Ein erstes Tor öffnet sich, der Bus fährt hinein, das Tor schließt sich, dann kommen Sicherheitsleute mit Walkie-Talkies... der Bus fährt weiter, die Schleuse öffnet sich nach innen... auch die Lehrer kommen gerade zur Arbeit, aber durch einen anderen Eingang, an dem hinter einer dicken Glasscheibe ein junger Israeli sitzt... ein Metalldetektor fiept. Normales Leben."

Normaler Alltag, bei dem Schulkinder das Verhalten bei einem Terrorangriff auf die Schule üben, bevor sie das Abc können. Probealarme, bei denen die Kinder keinen Laut von sich geben dürfen. Und Steinke stellt (sich) die Frage, was für ein Land eigentlich da draußen liegt, auf der anderen Seite des Schulzauns.

***Ronen Steinke***
***Terror gegen Juden – Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt***
***Eine Anklage***
***Berlin Verlag Berlin 2020, 251 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-8270-1425-2***

Steinke berichtet aus Halle von der Tür der Synagoge, auf der die Einschüsse des Attentäters vom 9. Oktober 2019 wie Narben wirken. Er berichtet über diese Tür, die nicht der deutsche Staat finanziert hat, um die jüdische Gemeinde vor Gefahren zu schützen, sondern die die Gemeindemitglieder auf ihre Bitten hin von einer karitativen Einrichtung mit Sitz in Jerusalem 2015 nach dem Anschlag auf einen jüdischen Supermarkt in Paris erhielten. Nur wegen dieser gespendeten Tür kam die Gemeinde in Halle auch an die Videokamera, die die Bilder vom draußen vor der Tür schießenden Attentäter übertrug. Geld vom deutschen Staat: Fehlanzeige, die Gemeinde war vergessen worden, denn der Schutz „bleibt besonderen Vereinbarungen vorbehalten" wie es im Staatsvertrag Sachsen-Anhalts mit der jüdischen Gemeinde heißt. Dabei sind nicht viele Synagogen in Deutschland übriggeblieben – nur 140 (allein in London gibt es mehr, merkt Steinke sarkastisch an) bei 105 jüdischen Gemeinden.

Selten genug seien bei Anschlägen auf jüdische Gemeinden und ihre Mitglieder die Taten als Rechtsterrorismus eingestuft worden, obwohl diese „Schattenwelt", so Steinke, nie klein gewesen sei. Der Terror von rechts sei unterbeleuchtet, weil nur in den seltensten Fällen wirklich Alarm geschlagen worden sei. Eher seien die Täter als psychisch verwirrte Einzeltäter eingestuft worden. Als Terrorismus seien nur Taten eingestuft worden, wenn sich die Gewalt gegen den Staat oder das politische System im weiteren Sinne richtete – gegen die Mächtigen. Richtete sich die Gewalt gegen Ausländer, Juden oder andere Minderheiten – gegen die Ohnmächtigen-, wurden diese Taten viel seltener als terroristisch eingestuft.

Nur die wenigsten antisemitischen Straftaten werden hierzulande überhaupt gemeldet – nur 24 Prozent einer dabei noch großzügig rechnenden Studie von 2017 zufolge. Für Steinke ein Misstrauensvotum gegen die Polizei. Und er bescheinigt dem Staat Versagen, wenn eine ganze Gruppe der Gesellschaft davon absieht, den Apparat aus Polizei und Justiz zu ihrem Schutz zu nutzen. Mit seinem Fazit „Schluss damit!" fordert Steinke vier zu erfüllende Bedingungen: Hate Crimes schärfer bestrafen, eine Justiz, die nicht die Argumentation antisemitischer Täter übernimmt, viel konsequentere Entlassungen von Rechtsextremen aus der Polizei, Schutz jüdischer Einrichtungen. Und Begegnungen mit real existierenden Jüdinnen und Juden.

**Dietmar Buchholz**

Jahrestagung der AJuM 2021

# Rückblick: Neues aus der Märchenwelt

**Das Interesse an der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) zum Thema „Neues aus der Märchenwelt“ war so groß, dass nicht alle Interessierten teilnehmen konnten. Viel Freude verursachte das Grußwort des Redaktionsleiters der E&W, Christian Hoffmann, der Anerkennung für die Arbeit aussprach.**

„Mein Herz schlägt für Märchen“, erklärte Sabine Lutkat, die Präsidentin der Europäischen Märchengesellschaft, denn „wenn wir den Kontakt zu unseren Geschichten verlieren, verlieren wir viel mehr als diese Geschichten“. Eindrucksvoll legte sie dar, warum Märchen auch heute noch ein wichtiger Bestandteil der literarischen und kulturellen Bildung sind. Als niederschwelliges Angebot sind sie nicht anspruchslos, sie machen Mut und helfen, mit Ängsten umzugehen. Sie plädierte dafür, Märchen zu erzählen oder vorzulesen, denn nur so gelingt es Kindern, eigene Bilder zu schaffen, die nicht über ihre persönlichen Grenzen des Zumutbaren hinausgehen.

**Märchen erzählen kann man lernen**

Einen unglaublichen Fundus an Märchen hatte die Schauspielerin, Theaterpädagogin und Erzählerin Sabine Kolbe in ihrem Kopf gespeichert. So gestaltete sie nicht nur einen sehr unterhaltsamen Abend mit vielen unbekannten Märchen, sondern zeigte in ihren Workshops am nächsten Tag, wie man sich mit Hilfe einer visuell gestalteten „Erzählstraße“ eine Gedächtnisstütze bauen kann.

**Methodische Zugänge zu Märchen**

Eine breite Palette motivierender methodischer Zugänge zu Märchen zeigte Simone Depner in ihren Workshops anhand von diversen Märchenadaptionen. „Man muss zur richtigen Zeit das Richtige sagen, sonst wird kein Buch daraus,“ stellte die Verlegerin Bärbel Dorweiler klar, als sie das breit aufgestellte Angebot des Traditionsverlags Thienemann-Esslinger präsentierte, zudem zeigte sie den Anspruch des Verlags an seine Veröffentlichungen auf.

Die nächste Jahrestagung der AJuM wird vom 14. bis 16. November 2022 in Loccum stattfinden. Sie wird sich mit Büchern unter dem Arbeitstitel „Wie funktioniert die Welt? Geschichten über Geschichte, Zeitgeschehen und die Welt“ beschäftigen. Wir „büchern“ weiter – hieß es am Ende! Dieses passende Verb für die Arbeit der AJuM erschuf die kleine Tochter des Redaktionsleiters, da sie sich selber begeistert mit Kinderbüchern befasst.

Foto: Ulrike Fiene

*Impression aus einem der Workshops.*

**Ulrike Fiene**

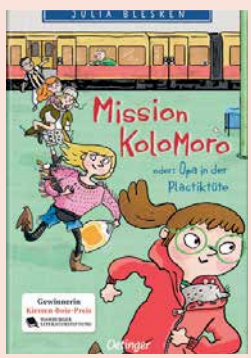
# LesePeter

Im Dezember 2021 erhält den LesePeter das Bilderbuch:

**Kristin Roskifte**
**Alle zählen**
Übersetzung aus dem Norwegischen: Maike Dörries
Gerstenberg, Hildesheim 2021
ISBN 978-3836960366
64 Seiten – 18 Euro – ab 5 Jahren

Wie unterscheidet sich, was zählt und was zählbar ist? Dieses Buch vereint philosophische Fragen und die Welt der Zahlen – angefangen von einem einzelnen Kind bis hin zu 7,5 Milliarden Menschen. Beim Zurückblättern, Suchen und Entdecken lädt es ein, das eigene Leben und die Beziehung zu anderen zu reflektieren.

Im Januar 2022 erhält den LesePeter das Kinderbuch:




**Julia Blesken (Autorin) & Barbara Jung (Illustratorin)**
**Mission KoloMoro oder:**
**Opa in der Plastiktüte**
Oetinger Verlag, Hamburg 2021
ISBN 978-3-7512-0052-3
288 Seiten – gebundene Ausgabe
15 Euro – ab 9 Jahren

Sechs Kinder erleben ein gemeinsames Ferienabenteuer, das sie trotz aller Unterschiede zusammenschweißt. Mit von der Partie sind die Hündin Püppi und Opa, der bereits gestorben ist. Um Letztgenannten dreht sich die Mission der Kinder, konkreter um Opas letzte Ruhestätte. Unterhaltsam ermöglicht die Erzählung kleine Einblicke in ganz unterschiedliche Lebensrealitäten.

Die ausführlichen Rezensionen (mit pädagogischen Hinweisen) sind im Internet unter **www.ajum.de** (LesePeter) abrufbar.

# Aktuelles aus der Personalratsarbeit

## Aus den Personalräten

### Mehr- und Minderzeiten von Lehrkräften

Im Zeitraum vom 14. September bis zum 30. Oktober 2020 erfolgte per Abfrage an den Schulen die Erhebung von Mehr- und Minderzeiten an allen öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen nach § 4 Abs. 2 Nds. ArbZVO-Schule. Die Schulen mit aufgelaufenen Mehrstunden sollten mit Unterstützung der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung (RLSB) bestehende „Plusstundenberge“ nun abgebaut haben. Um den Erfolg dieser Bemühungen zu prüfen, wird das Kultusministerium voraussichtlich nach den Osterferien die aktuellen Zahlen erfragen. Die GEW-Mitglieder im Schulhauptpersonalrat schlagen vor, die Erhebung der Mehr- und Minderzeiten mit der allgemeinen Statistik-Abfrage zu verbinden.

### Rahmen-Hygieneplan ohne Mitbestimmung

Nachdem das Kultusministerium (MK) dem Schulhauptpersonalrat (SHPR) zunächst Mitbestimmungsrechte bei den ersten Rahmen-Hygieneplänen Corona Schule zugebilligt hatte, verweigerte es diese aber rückwirkend für die Rahmen-Hygienepläne 4.0. und 4.1. und leitete für die folgenden Neufassungen kein Mitbestimmungsverfahren mehr ein. Der SHPR rief deshalb sowohl die Einigungsstelle als auch – im Rahmen eines personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahrens – das Verwaltungsgericht Hannover an. Während die Einigungsstelle sich nicht zuständig sah, entschied nun das Verwaltungsgericht Hannover, dass dem SHPR kein Mitbestimmungsrecht zustünde, da es sich nicht um einen Erlass oder ein erlassähnliches Papier handele. Aufgrund der Verweisung in der jeweiligen Corona-VO stehe der Rahmen-Hygieneplan im Rang einer Rechtsverordnung, die eine Mitbestimmung gemäß § 64 Abs. 4 Nr. 1 NPersVG ausschließe. Durch die Aufnahme in den Anwendungsbereich der Corona-VO bedürfe es keiner eigenen Verordnungsermächtigung für die Rahmen-Hygienepläne. Die Regelungen im RHP stellten, so das Gericht, auch keine Regelungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes dar, sondern seien infektionsschutzrechtliche Regelungen zum Schutz der Bevölkerung vor allgemeinen Gesundheitsgefahren. Die zunächst durchgeführten Mitbestimmungsverfahren zu den ersten Rahmen-Hygieneplänen führte das Gericht auf eine rechtliche Fehleinschätzung des MK zurück, die allerdings ein generelles Mitbestimmungsrecht des SHPR nicht zu begründen vermöge. (AZ: 17 B 4285/21 und 17 A 719/21)
Die hiermit versagte Mitbestimmung der Personalvertretung bei Rahmen-Hygieneplänen macht es erforderlich, die Arbeits- und Gesundheitsschutzrechte bei Corona-Schutzmaßnahmen unter Einbeziehung des Schulpersonalrats gegebenenfalls im Rahmen Gefährdungsbeurteilungen zu bewerten. Unterstützung bieten hierbei die GEW-Kolleg*innen in den Bezirkspersonalräten sowie im Schulhauptpersonalrat.

### Nutzung von Vervielfältigungen

Die in regelmäßigen Abständen stattfindende Erhebung zur Nutzung von Vervielfältigungen und Digitalisaten an Schulen wird in diesem Jahr im November und Dezember stattfinden. Die Erfassung der Daten der 73 ausgewählten Schulen der Stichprobenziehung erfolgt mittels Papierfragebogen durch das Marktforschungsinstitut DCORE. Der Erhebungszeitrum umfasst 20 Unterrichtstage und kann von den Schulen zwischen dem Erhalt der Unterlagen – spätestens am 12. November 2021 – und dem 17. Dezember 2021 festgelegt werden.

### NLQ schaltet Feedbackportal frei

Das Niedersächsische Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) hat ein Online-Instrument zur Analyse des eigenen Unterrichts mittels eines Schüler*innenfeedbacks entwickelt, das sich an Lehrkräfte der allgemein bildenden Schulen richtet und ab der Jahrgangsstufe 3 eingesetzt werden kann. Die in dem

Portal hinterlegten Items beziehen sich auf den Orientierungsrahmen Schulqualität, können aber durch eigene offene und geschlossene Fragen ergänzt werden. Die Erhebung der Daten erfolgt anonym, die automatisiert kommentierten Ergebnisse sind ausschließlich der Lehrkraft zugänglich und können von ihr gelöscht werden. Die Nutzer stellen dem NLQ gemäß Nutzungsbedingungen allein Daten zum Antwortverhalten zu den Items in anonymisierter Form zur Verfügung, die für die Verbesserung der Instrumente genutzt werden sollen, aber nicht an Dritte weitergegeben oder für andere Zwecke genutzt werden dürfen. Daten, die eine Lehrkraft oder eine Schule identifizieren könnten, werden hierbei nicht übertragen; ein Zugriff des NLQ ist ausgeschlossen. Detaillierte Informationen sind in einem Artikel im SVBl. 10/2021 zu finden und auf der Homepage zusammengestellt: **www.feedbackportal-ni.de**

## Umstrukturierung der Fokusevaluation

Die Fokusevaluation der allgemein bildenden Schulen wird sich künftig in zwei Säulen gliedern: Die erste Säule bietet den Schulen Beratung und Unterstützung bei Evaluationen, die zweite Säule ist für die Analyse und Bewertung der Schulqualität zuständig. Somit werden die Evaluator*innen als Berater*innen für Evaluation Teil des Beratungs- und Unterstützungssystems mit klarer Trennung von der Schulaufsicht. Sie sind zudem in die neu installierten Regionalen Beratungsteams (RBT) des Beratungs- und Unterstützungssystems eingebunden. Die erste Säule beinhaltet verschiedene Angebote, die von den Schulen freiwillig genutzt werden können. Der Evaluations- oder Schulentwicklungsprozess kann bis zu anderthalb Jahren dauern, und die Schulen können in dieser Zeit Unterstützungsangebote des Beratungs- und Unterstützungssystems in Anspruch nehmen. Für die Säule I stehen 26 Berater*innen zur Verfügung, zehn Gutachter*innen kümmern sich in Säule II um die Schulqualität, Schulleistungsstudien und das Bildungsmonitoring.

## Erhebung zu Anzahl und Einsatz von Schulassistent*innen

Auf Anfrage der FDP hat das Kultusministerium umfassende Daten zum Stellenvolumen, zu Einsatzorten und Vakanzen von Schulassistent*innen geliefert. Vom Beschäftigungsumfang in Höhe von 593 Vollzeiteinheiten (VZE) waren zum Stichtag 20. September 2021 19,1 VZE unbesetzt, was eine Auslastung von 97 Prozent ergibt. Insgesamt waren 663 Schulassistent*innen tätig. Maßgeblich für die Verteilung auf die vier RLSB sind die Lehrer-Ist-Stunden der Sek I- und Sek II-Schulen. Der Einsatz an Grund- und Förderschulen ist nur dann noch vorzunehmen, wenn der Bedarf der anderen Schulformen weitestgehend abgedeckt ist.
Die Ressourcen sind seit Beginn der 2000er-Jahre nicht aufgestockt worden und stehen allgemein bildenden Schulen im Umfang von 469 VZE und berufsbildenden Schulen im Beschäftigungsvolumen von 124 Stellen zur Verfügung. Bezüglich der Aufgaben wird weiterhin der Erlass aus dem Jahr 1994 angewendet. Weitere Details sind der LT-DS 18/10091 zu entnehmen.

## MK schaltet neue Websites frei

Das Kultusministerium bietet Schulen, die im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und der Demokratiebildung bei der Entwicklung, Erprobung und Umsetzung innovativer pädagogischer Ansätze Unterstützung und Begleitung suchen, zwei Projekte an. Im Modellprojekt Zukunftsschule werden bis zu 20 Schulen bei ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung mit den Schwerpunkten BNE und Demokratiebildung begleitet. Jede teilnehmende Schule kann in diesem Projekt pädagogische Ansätze erproben, die einen innovativen Gestaltungsspielraum beschreiben und über den bisherigen pädagogischen Rahmen in den Bereichen BNE und Demokratiebildung hinausgehen. Weitere Informationen finden sich unter **https://modellprojekt-zukunftsschule-niedersachsen.de**.
Das Netzwerk Werkstatt Zukunftsschule ist ein Zusammenschluss von Schulen, die in regionalen Treffen pädagogische Impulse von Expert*innen erhalten und sich gegenseitig in ihrem Innovationsprozess unterstützen sollen. Weitere Informationen sind zu finden unter **https://werkstatt-zukunftsschule-niedersachsen.de**.

## Minister sieht Fortschritte bei der Unterrichtsversorgung

In Rahmen der Landtagssitzung am 13. Oktober 2021 hob Kultusminister Tonne den Anstieg der Qualität schulischer Bildung in den letzten Jahren hervor. So sei die Relation der Lehrkräfte-Ist-Stunden pro Schüler*in seit 2016 von 1,67 auf 1,71 im Schuljahr 2020/21 gestiegen. Als künftige Ressource im System sieht er die Lehrkräfte, die derzeit in Elternzeit oder familiär in Teilzeit gehen: Da der Anteil der jüngeren Lehrkräfte gestiegen sei (60 Prozent sind 45 Jahre oder jünger), stünden diese künftig im vollen Umfang zur Verfügung. Die Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen stieg von 89,4 Prozent im Schuljahr 2017/18 auf 92,3 Prozent. (Pressemitteilung des MK vom 13. Oktober 2021)

## Gehaltsverzicht für Ungeimpfte während einer Quarantäne

Das Niedersächsische Finanzministerium hat am 30. September 2021 mitgeteilt, dass die Entgeltfortzahlung bei Absonderung beziehungsweise Quarantäne ab dem 11. Oktober 2021 von der Erfüllung der Voraussetzung gemäß § 56 Abs. 1 Satz 4 IfSG abhängig ist. Im Falle einer Absonderung beziehungsweise Quarantäne prüft das RLSB bei ungeimpften tarifbeschäftigten Landesbediensteten, ob die Entgeltzahlung eingestellt wird, wenn keine Tätigkeit im Homeoffice erfolgt. Die Schulleitungen haben sich in einem solchen Fall gemäß Rundverfügung 26/2021 vom 13. Oktober 2021 an die entsprechenden Fachbereiche für Lehrkräfte (1 P) und nichtlehrendes Personal (1 NP) zu wenden. Aufgrund der bestehenden Rechtslage – die verfassungsrechtlich verankerte Alimentierung – erhalten Beamt*innen anders als Tarifbeschäftigte im Falle

einer Quarantäne grundsätzlich weiterhin ihre Besoldung.

### Zusätzliches Personal in Corona-Zeiten

Seit November 2020 wurden über das „Schutzpaket“ Corona rund 2.200 befristete Arbeitsverträge abgeschlossen; weitere 1.430 befristet Beschäftigte sind bisher über das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ eingestellt worden. (Pressemitteilung des MK vom 13. Oktober 2021)

### Dienstweg ist einzuhalten

Das Verwaltungsgericht Stade hat mit Urteil vom 23. Oktober 2019 (9 A 1473/18) festgestellt, dass eine Disziplinarverfügung mit einer Geldbuße von 500 Euro wegen einer öffentlichen Kritik am Dienstherrn rechtens war. Der gegen die Geldbuße klagende Beamte hatte dem Dezernenten vorgeworfen, seinen Urlaubsantrag absichtlich verschleppt zu haben, und hatte damit die einem/einer Beamt*in obliegende Zurückhaltung bei der Erörterung innerdienstlicher Angelegenheiten vermissen lassen. Ein Beamter sei gehalten, bei der Klärung dienstlicher Angelegenheiten den Dienstweg einzuhalten. Dies begründe auch den Zwang, die innerdienstliche Klärung eines Anliegens zu versuchen und abzuwarten.

## Bildungsnotizen

### DGB fordert Zukunftsfonds für Ausbildung

Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt schlägt als Lösungsstrategie für eine zukunftsfeste Ausbildung einen Dreiklang vor: Neben einer Ausbildungsgarantie und einem niedersachsenweiten Azubi-Ticket müsse auch die Finanzierung der Ausbildung reformiert werden. Um der sinkenden Zahl von Ausbildungsbetrieben entgegenzuwirken, müssten, so der Vorsitzende Mehrdad Payandeh, ausbildende Betriebe durch einen Zukunftsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, entlastet werden. Im aktuellen Ausbildungsjahr haben 7.320 junge Menschen keine Lehrstelle gefunden; 2.143 von ihnen konnten nicht in eine Überbrückungsmaßnahme eingebunden werden. (Pressemitteilung des DGB vom 28. Oktober 2021)

**www.gew-nds.de/bildungsnotizen**

### Mittel des Digitalpakts

Bis zum 27. September 2021 wurden 25,1 Prozent der Mittel aus dem „DigitalPakt“ beantragt, bewilligt beziehungsweise abgerufen. Um das Verfahren zu intensivieren und mehr Schulträger zu einer zeitnahen Antragstellung zu bewegen, wurden diese speziell angesprochen und angeschrieben. Zudem haben die medienpädagogische Beratung des NLQ und die Bewilligungsstelle des RLSB Osnabrück gemeinsame Informationsveranstaltungen zum Antragsverfahren durchgeführt, die fortgesetzt werden sollen. Die Dezernent*innen unterstützen die Schulleitungen zudem dabei, auf die Schulträger zuzugehen. (LT-DS 18/10057)

### „Webtalkreihe“ zur Demokratiebildung

Ein Online-Fortbildungsangebot in Form der WebTalkReihe „Herausforderungen der Demokratie – Was Schule bewegt?!“ soll Lehrkräften alltagsnah und niederschwellig Rüstzeug für den schulischen Umgang mit gesellschaftspolitischen Fragen wie dem Klimawandel, Rechtspopulismus, Hass im Internet und der Demokratiefeindlichkeit an die Hand geben. Zudem soll mit der Reihe – die Teil der Aktionen im Rahmen von „75 Jahre Demokratie in Niedersachsen“ ist – dazu motiviert werden, die Demokratiebildung als Element der Schul- und Unterrichtsqualität zu stärken und ins Schulleben zu integrieren. Bis Ende des Jahres werden zunächst die folgenden Veranstaltungen angeboten: „Angriffe auf politisch engagierte Schulen – Wie geht man damit um?“, „Umgang mit Stammtischparolen im Klassenzimmer“ und „Digitale Welt und Politische Bildung. Schulalltag neu denken?“. (Pressemitteilung des MK vom 26. Oktober 2021)

### Weitere Verwendung mobiler Endgeräte

Im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms „Schulgebundene Leihgeräte für Schüler*innen mit Bedarf“ wurden von den Schulträgern mobile Endgeräte beschafft, die bis zu ihrer Abschreibung – üblicherweise vier Jahre – beziehungsweise solange sie betriebsfähig sind, dem Zuwendungszweck entsprechend zu verwenden sind. Sollten nach dem Ende der Pandemie mehr Geräte zur Verfügung stehen, als zur Ausleihe benötigt werden, sind sie für schulische Zwecke zur Verbesserung des digitalen Unterrichts einzusetzen. Als dauerhafte Lösung für die Ausstattungsfrage wird das Ausstattungsprogramm nicht gesehen. Bei den digitalen Endgeräten für Schüler*innen ist laut MK grundsätzlich von einer Elternfinanzierung auszugehen. (LT-DS 18/10060)

### NLQ YouTube-Kanal

Auch das NLQ tummelt sich zwischenzeitlich mit einem eigenen Kanal auf YouTube. Neben informativen Beiträgen und Vorträgen lassen sich Impulse für die Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie die Videos der NLQ-Selbstlernkurse finden. Der YouTube-Kanal kann auch zur Nachbereitung von besuchten Moodle-Kursen genutzt werden, denn die genutzten Videos werden in einer Playlist hinterlegt. Langfristiges Ziel ist, dass zu jedem bildungspolitischen Thema eine Playlist angelegt wird.**www.nibis.de/youtube-kanal-des-nlq_15816&letter=H**

### Robert Bosch Stiftung untersucht Folgen der Pandemie

Die in Kooperation mit der ZEIT in Auftrag gegebene Studie „Deutsches Schulbarometer Spezial“ der Stiftung belegt, dass die soziale Schere weiter

auseinanderklafft und insbesondere sogenannte Brennpunktschulen am schlechtesten auf eine mögliche weitere Corona-Welle vorbereitet sind. Befragt wurden 1.001 Lehrkräfte allgemein bildendender Schulen, von denen 80 Prozent angaben, die soziale Ungleichheit durch die Schulschließungen habe sich weiter verstärkt. Insbesondere Schüler*innen aus armen Familien zeigten mit einem deutlich über dem Schnitt liegenden Wert einen hohen Anteil an psychosozialen Folgen (44 Prozent zu im Schnitt 23 Prozent). Detaillierte Angaben sind zu finden unter: **www.bosch-stiftung.de/de/presse/2021/10/soziale-schere-droht-weiter-aufzugehen-brennpunktschulen-sind-am-schlechtesten-auf**.

## Schulabschlüsse nach Regionen und Schulformen

Die Landtagsdrucksache LT-DS 18/10003 listet mittels umfangreicher Tabellen Daten zu den verschiedenen Schulabschlüssen nach Regionen, Schulform sowie Schuljahren und Geburtsjahrgängen auf.

## Digitale Bildungsformate in der Erwachsenenbildung

Im Rahmen des Programms „Digital Campus Niedersachsen“, das aus Mitteln des Masterplans Digitalisierung gespeist wird, fördert Niedersachsen mit 1,6 Millionen Euro digitale Bildungsformate in der Erwachsenenbildung. Zusammen mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur fließen damit insgesamt 3,4 Millionen Euro in die Digitalisierung der Erwachsenenbildung. Die Fördersummen, die die einzelnen Bildungseinrichtungen erhalten, sind der Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) vom 21. Oktober 2021 zu entnehmen.

## Infrastrukturausbau für die Ganztagsbetreuung

Der Landtag hat die Landesregierung mittels einer Entschließung der Regierungsfraktionen aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass der Förderzeitraum in der Verwaltungsvereinbarung „Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder“ um eine angemessene Zeit über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert wird. Begründet wird der Antrag mit der Dimension vieler Vorhaben, der momentanen – auch pandemiebedingten – Situation im Bausektor und bestehender Lieferengpässe, was dazu führen könnte, dass Fördermittel nicht vollumfänglich abgerufen werden können. (LT-DS 18/10011)

## Bündnis Kindergrundsicherung

Das Bündnis Kindergrundsicherung, in dem sich neben weiteren namhaften Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen auch die GEW engagiert, hat die künftige Bundesregierung aufgefordert, als zentrales sozialpolitisches Projekt die Kindergrundsicherung einzuführen. Die Höhe müsse das Existenzminimum abdecken, das durch eine Neuermittlung des kindlichen Bedarfs zu errechnen sei. Zudem seien die Vielzahl der Leistungen zu bündeln und sicherzustellen, dass die Grundsicherung alle Kinder einfach, unbürokratisch und stigmatisierungsfrei erreicht. Weiteres dazu unter **www.kinderarmut-hat-folgen.de**

## Kultushaushalt wächst

Mit einem Umfang von jeweils rund 7,6 Milliarden Euro in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 wird der Kultusetat rund 20,8 Prozent des Gesamthaushaltes des Landes Niedersachsen ausmachen und laut Minister Tonne erneut den Level des historischen Höchststandes erreichen. Zusätzliche 12,3 Millionen Euro werden 2023 als Einstieg in den Stufenplan der dritten Kraft im Kindergarten für zusätzliche 15 Stunden für in der Ausbildung befindlichen Erzieher*innen beziehungsweise Sozialassistent*innen zur Verfügung stehen. Insgesamt liegen die Ausgaben für die frühkindliche Bildung 2022 bei rund 1,6 Milliarden Euro; die Mittelfristige Finanzplanung sieht Ausgaben von 6,2 Milliarden Euro vor. Für die schulische Inklusion werden jeweils 460 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, für den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen 315 Millionen Euro. Jedem/jeder Absolvent*in der niedersächsischen Studienseminare soll die Festeinstellung in den Landesdienst ermöglicht werden. Das Schulbudget der BBS wird um jeweils 7,5 Millionen Euro ergänzt, um auf erhöhte Personalbedarfe reagieren und zusätzliche Vertretungslehrkräfte einstellen zu können. (Pressemitteilung des MK vom 1. Oktober 2021). Das Land Niedersachsen muss nach Überzeugung der GEW Niedersachsen jedoch mindestens weitere 750 Millionen Euro pro Jahr mehr in sein Bildungssystem investieren. Dabei sind die erforderlichen Investitionssummen von Kommunen oder dem Bund nicht eingerechnet. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 hatten sich die staatlichen Ebenen verpflichtet, ab 2015 jährlich zusammen zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung auszugeben. Laut Finanzierungsbericht 2020 des Statistischen Bundesamtes lag der erreichte Wert zuletzt allerdings erst bei 9,3 Prozent.

## Land fördert Long-Covid-Studie

Wissenschaftsminister Thümler hat angekündigt, eine erste Long-Covid-Studie aus Landesmitteln zu fördern. Die Erkenntnisse sollen auch genutzt werden, um Symptomen direkt entgegensteuern zu können. Im Zusammenhang mit der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) soll zum Beispiel mit einem sportlichen Trainingsprogramm auf Long-Covid-Symptome bei Kindern und Jugendlichen reagiert werden.

## Schirmherr Tonne

Minister Tonne hat die Schirmherrschaft über die „GemüseAckerdemie“ übernommen. Bei dem von der AOK Niedersachsen geförderten Bildungsprogramm des Vereins Acker e. V. bauen Schüler*innen ihr eigenes Gemüse an und begeistern sich für Themen wie gesunde Ernährung, Natur und Nachhaltigkeit. An dem Programm nehmen bisher 50 Schulen teil; die Ausschreibung für einen der weiteren 20 Förderplätze läuft: **www.gemueseackerdemie.de/aok-nds.de**

Nachruf

# Ulrich Hammer verstorben

Der GEW-Landesverband Niedersachsen trauert um sein langjähriges Mitglied Prof. em. Dr. Ulrich Hammer. Der Jurist verstarb Mitte Oktober überraschend im Alter von 78 Jahren.
In der Gewerkschaftsbewegung engagierte sich der gebürtige Frankfurter an vielen Stellen, unter anderem war er für die ÖTV tätig. In der GEW Niedersachsen wurde er 1985 für das Referat Wissenschaft und Hochschule (in dem er bereits seit 1977 mitarbeitete) in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt und gehörte ihm bis 1989 an. Zuletzt betrieb er zusammen mit seinem Sohn eine Rechtsanwaltskanzlei in Hildesheim.

Als Experte für Hochschulrecht machte er sich stets dafür stark, dass die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen weiter ausgedehnt werde sollte. Als Spezialist auf verschiedenen Gebieten des Hochschulrechts setzte er zudem innerhalb der GEW immer wieder wichtige Impulse. Vor allem lag Ulrich Hammer viel daran, dass die Gewerkschaften – und vor allem die GEW – unter anderem durch Hochschulgruppen „sichtbar“ an den Hochschulen vertreten waren.
Die GEW wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

# Termine

**Referat für Frauen- und Gleichstellungspolitik**

## Frauen und Macht

**26. Februar 2022, 9.30 bis 17.00 Uhr**
Freizeitheim Vahrenwald in Hannover

***„Macht entspringt der menschlichen Fähigkeit, ... sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln."*** (Hannah Arendt)

Macht heißt Verantwortung übernehmen – Ohnmacht überwinden. Die Bedeutung von Macht und die Notwendigkeit, Macht zu reflektieren, ist Gegenstand dieses Seminars, in dem folgenden Fragen nachgegangen wird:

- Welches Machtverständnis ist für uns handlungsleitend?
- Wo haben wir Lust auf Macht?
- Wo sind wir Opfer?
- Welche Machtquellen gibt es und wie können wir mit Machtspielen umgehen?
- Warum geht es in der Pädagogik immer auch um Macht?
- Wie geläufig sind mir die formellen und informellen Spielregeln, die Macht und Einfluss sicherstellen?

Nachdenken und Reflektieren in einer zugewandten und wohlwollenden Gruppenatmosphäre. Diese unterstützt darin, eigene Standpunkte einzunehmen, zu überprüfen oder neue zu kreieren. Auf alle Fälle gewinnen Teilnehmerinnen mehr Klarheit und Sicherheit in ihrem Handeln.

Leitung: Marianne Assenheimer und Bernhild Schrand
Die Seminarleiterinnen sind erprobte Dialogpartnerinnen. Sie verbindet die Leidenschaft für Bewegung und Wandel.

Marianne Assenheimer (schulfachliche Dezernentin i.R.)
Bernhild Schrand (Managementtrainerin, -coach und Genderexpertin)

Anmeldungen bis zum 3. Februar 2022
an: **B.Engelke@GEW-Nds.de**

---

**Landesfachgruppe Senior*innen**

## Caterina Woj und Andrea Röpke: Wenn Rechtsextremisten freie Schulen unterwandern

**Donnerstag, 9. Dezember 2021, 17.00 bis 19.00 Uhr**
Filmvorführung und Diskussion, online/in Präsenz

Bereits in der September/Oktober-Ausgabe der E&W hatte Andrea Röpke mit „Querdenken in Niedersachsen, Ziel: rechte Schulen etablieren" auf ein Problem hingewiesen, das immer häufiger anzutreffen ist. Unter Ausnutzung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen versuchen Eltern, antidemokratisches und rechtsextremes Gedankengut zu etablieren und auf Kinder und Lerninhalte Einfluss zu nehmen. Über ein Jahr recherchierten die Journalistinnen Caterina Woj und Andrea Röpke über rechte Beeinflussungen an Schulen in Deutschland.
Als Ergänzung der bisherigen Online-Seminare zum Thema „Aspekte rechtsradikaler Entwicklungen in Deutschland und Europa" weist die Landesfachgruppe auf eine Veranstaltung der Kooperationsstelle Hochschule – Gewerkschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hin.

Mehr Informationen und Anmeldung unter
**https://uol.de/kooperationsstelle/veranstaltungen**

# Cartoon-Kalender 2022

**Viele hatten mit Optimismus gehofft, dass das Jahr 2021 nur noch eine blasse Erinnerung an die Corona-Hypes von 2020 zurücklassen würde – vielleicht mit Ausnahme von Pandemie-Gewinnlern wie Onlinehandel und Desinfektionsmittelproduzenten. Weit gefehlt! Auch 2021 war noch durchgängig von AHA-Formeln und 3G-Regeln, von abgewürgter Kultur und massiven Urlaubsreisebeschränkungen geprägt. Leider.**

Auch der neue Cartoon-Kalender für 2022 des „Bildungscartoonisten“ Peter Baldus kann sich dem angekränkelten Zeitgeist nicht ganz entziehen und trägt den Titel „Abstand halten“. Diese Formel lässt sich allerdings recht vielfältig auf Erziehungs-, Verkehrs- und Lehr- und Lernsituationen ausweiten und kann hoffentlich im kommenden Jahr 2022 auch wieder für etwas Optimismus und Heiterkeit sorgen. Der langjährige Cartoonist dieser Zeitschrift präsentiert seinen Kalender im DIN-A4-Format auf 14 Farbblättern in stabiler Spiralbindung.

Bestellungen an Ilse Lange
unter **erwin.eimer@gmx.de**
Kosten: 6 Euro (zzgl. Versand).
Rabatt ab 20 Stück möglich.

# Beitragsquittungen für 2021

Für das Jahr 2021 werden die Jahresbeiträge der GEW wieder auf den Kontoauszügen der Mitglieder erscheinen. Da der Regeleinzug quartalsweise erfolgt, ist die ausgewiesene Jahressumme dem Kontoauszug der ersten Abbuchung für 2021 zu entnehmen.

Anzeigen

Ihre Anzeige in der **E&W Erziehung und Wissenschaft**
**www.erziehungundwissenschaft.de**
oder rufen Sie uns an:
0201 / 843 00 - 32

**Philosophieren mit Kindern**
**in Kita und Schule als Haltung, Methode und Inhalt**
Nähere Informationen unter **www.philosophieren-mit-kindern.de**
*Einführungslektüre: Hans-Joachim Müller, Von Steinen und anderen Phänomenen - Wege zum Philosophieren mit Kindern. Aus der Praxis - für die Praxis.*
**Bestellungen unter denk-art@t-online.de**

DIE GEW NIEDERSACHSEN WÜNSCHT

EINE SCHÖNE ADVENTSZEIT, ERHOLSAME FEIERTAGE

UND EINEN GUTEN START INS JAHR 2022!

Grafik: Adobe Stock © Ardea-studio